

**Die Zukunft  
gehört uns.**



**„Getrennt  
marschieren  
und  
vereint schlagen“**

**Für wen spricht der  
Bund der Steuerzah-  
ler?**

**Impressum**

Herausgeberin  
IG Metall Vorstand  
Ressort Jugendarbeit und -politik  
Wilhelm-Leuschner-Straße 79

60329 Frankfurt

[www.igmetall-jugend.de](http://www.igmetall-jugend.de)  
[jugend@igmetall.de](mailto:jugend@igmetall.de)

Text, Konzept und Gestaltung  
Institut für Ermessensfragen. Berlin  
[www.infef.org](http://www.infef.org)  
Autor: Andreas Becker

Gefördert aus Mitteln des  
Kinder- und Jugendplans des Bundes.  
Frankfurt am Main, Januar 2008

**Bildnachweis:**

Umschlag: finale? [kallejpp]/PHOTOCASE [www.photocase.de](http://www.photocase.de)  
S. 32: Vereinspräsident Däke schlägt den Gong für eine neue  
Zeitrechnung [Privates Fotoarchiv].

## Inhalt

<b>Vorwort .....</b>	<b>4</b>
<b>1. Ein paar Gedanken zum Einstieg .....</b>	<b>5</b>
<b>2. Steuern als politisches Kampffeld .....</b>	<b>6</b>
<b>3. „Getrennt marschieren und vereint schlagen“ .....</b>	<b>9</b>
3.1 Die Arbeit der Einrichtungen .....	10
3.2 Repräsentativität des Bundes der Steuerzahler .....	11
3.3 Finanzierung .....	12
3.4 Mitgliederwerbung: Vom Bund der Steuerzahler zur Hamburg-Mannheimer .....	13
3.5 Köpfe und Netzwerke .....	14
3.6 Wie rein ist das „Finanzgewissen der Nation“? .....	15
<b>4. „Wer Steuern zahlt, will Sparsamkeit“? – Positionen .....</b>	<b>18</b>
4.1 Kernforderung 1: Entlastungen in der Steuerpolitik .....	19
4.2 Kernforderung 2: Verringerung der Staatsausgaben .....	21
4.3 Kernforderung 3: Der Staatsverschuldung einen Riegel vorschieben .....	25
4.4 Begrenzung der Politikfinanzierung und Haftung für die Verschwendung .....	26
<b>5. Wer Macht sucht, braucht die Öffentlichkeit .....</b>	<b>27</b>
5.1 Inszenierungen zur Gewinnung der öffentlichen Meinung .....	28
5.2 Das unkritische Medienecho .....	33
<b>6. Für wen spricht der Bund der Steuerzahler? – Politische Linie .....</b>	<b>35</b>
6.1 Wie wird entschieden, welche Themen relevant sind? .....	36
6.2 Die selektive Wahrnehmung .....	37
6.3 Was bleibt? .....	39
<b>7. Recherchen .....</b>	<b>41</b>
7.1 Literatur .....	41
7.2 Web-Tipps .....	42

## Vorwort

Der Bund der Steuerzahler bringt jeden Herbst sein Schwarzbuch zur öffentlichen Verschwendung heraus. Es führt uns vor Augen, wie viel Geld unsere Staatsdienerinnen und Staatsdiener wieder einmal vergeudet und in sinnlose Projekte hereingesteckt haben – sofern es nicht gleich in die eigene Tasche gewandert ist. So die Tonart des Bundes der Steuerzahler. Währenddessen tickt die Schuldenuhr am Vereinshaus in Berlin unermüdlich, dass einem Angst und Bange werden soll um die Zukunft.

Der Bund der Steuerzahler fordert niedrigere und gerechtere Steuern. Also mehr Geld in unsere Taschen. Das ist gut, mehr Geld, das fordern wir auch!

Aber wie und auf wessen Kosten sollen die Steuern gesenkt werden? Welche Form der Gerechtigkeit ist gemeint? Wir wissen, dass ein Staat, von dem wir mehr erwarten, als dass er unserer Wirtschaft Rechtssicherheit, Schutz und eine Infrastruktur verschafft, Geld kostet. Ein schlanker Staat ist gleichzeitig ein schwacher Staat. Schwach im Sinne davon, dass er Ungleichgewichte und Ungerechtigkeiten nicht ausgleichen kann. Das machen dann die „unsichtbaren Kräfte des Marktes“. Doch ist es diese Art von Staat, den der Bund der Steuerzahler postuliert?

Seit den frühen 1980er Jahren werden die Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft von den jeweiligen Regierungen stetig abgebaut. Mit dem Schreckgespenst der Staatsverschuldung wird im Namen kommender Generationen gefordert, sparsam zu haushalten, um die Jugend nicht auf einem Haufen Schulden sitzen zu lassen. Gerne wird übersehen, dass mit öffentlichen Ausgaben nicht nur Schulden, sondern auch Werte geschaffen werden. Eine Investition in gute Ausbildung befähigt beispielsweise die Jugend, zukünftig höher qualifizierte Beschäftigungen auszuüben, größere materielle Werte für die Gesellschaft zu erzeugen und dabei selbst mehr Geld zu verdienen.

Eine Reihe von Unternehmen, Vereinen und Stiftungen versorgen die Wissenschaft und die Medien mit ihren Ideen und dienen sich der Politik als einflussreiche Berater an – auf unsere Kosten. Mit Vorschlägen zum endgültigen Kahlschlag des verbliebenen Sozialstaats, zum schleichenden neoliberalen Umbau der Gesellschaft.

Wo in dieser Kultur bewegt sich der Bund der Steuerzahler? Für welche Ideen steht er? Für wen spricht er?

Der Jugendausschuss 2006 hat beschlossen, sich dieser Fragestellung anzunehmen. Andreas Becker vom Institut für Ermessensfragen in Berlin beleuchtet den Verein für uns mit dieser Broschüre kritisch.

Herausgeberin: IG Metall Vorstand, Ressort Jugendarbeit und -politik

Frankfurt am Main, Januar 2008

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes

## 1. Ein paar Gedanken zum Einstieg

***Steuern sind für alle da. Und auch Jeder zahlt Steuern. Steuern sind die Grundlage eines politischen Systems – sie verschaffen dem Staat Geld, damit er seine Aufgaben erfüllen kann.***

### Machen Steuern unfrei?

Allein schon wegen der finanziellen Auswirkungen der Steuern auf alle Menschen und der verwirrenden Steuergesetzgebungen gibt es an allen Ecken und Enden politische und gesellschaftliche Diskussionen zu diesem Thema. Aus der Zahlung von Steuern begründet sich **kein Anspruch auf eine Gegenleistung**. Das Nonaffektationsprinzip besagt sogar ein Verbot der Zweckbindung von Steuern.

**Nonaffektationsprinzip:** Öffentliche Mittel, also auch erhobene Steuern, stehen allgemein verbindlich der Deckung aller Staatsausgaben zur Verfügung. Zum Beispiel dürfen Einnahmen, die aus der Ökosteuer erzielt werden, nicht auf die Verwendung für ökologische Maßnahmen beschränkt werden, sondern können in allen Bereichen der Haushalte verwendet werden.

So gibt es viel Platz für **Kritik an der grundsätzlichen Erhebung, der Höhe, der Art und der Verwendung** von Steuergeldern. In Büchern über die Steuergeschichte ist von „Steuerbetroffenen“, „direkten oder indirekten Lastenträgern des Staates“ – und zwar „von der Geburt bis zum Grabe“ – die Rede. Zwei Gefühle kommen in diesen Begriffen zum Ausdruck: Erstens eine allgemeine

Abneigung gegen Steuern, zweitens die Angst vor der Unfreiheit der Menschen.

Die Erhebung von Steuern hatte in der Geschichte häufig etwas mit Unterdrückung zu tun. Beispiele hierfür sind die Zehntpflicht, die Kreuzzugs-, die Ketzer- und die Türkensteuern oder auch die Fronknechtschaft im Mittelalter, gleichermaßen die Ungläubigensteuern und die Kolonialsteuern der früheren Neuzeit.

Die Steuerverweigerung, -rebellion und -kritik steht dagegen für Freiheitskampf. So ist die Boston Tea Party von 1773, bei der die „Sons of Liberty“ im Steuer- und Zollstreit mit Großbritannien zivilen Ungehorsam leisteten, ein Markstein eines viele Jahrhunderte währenden Kampfes.

### Der Bund der Steuerzahler als Kämpfer für die Freiheit

An die Tradition des Freiheitskampfes knüpft sich auch die Existenz des Bundes der Steuerzahler, eines Vereins, der sich nunmehr seit 58 Jahren als Anwalt der Steuerbürgerinnen und Steuerbürger versteht. Der Bund der Steuerzahler hat sich eine enorme Präsenz in den Medien erarbeitet und verschafft sich regelmäßig Gehör zu Fragen der Steuerpolitik und der Staatsfinanzen.

Was ist das für ein Verein, der in der Befreiung von Steuerlasten die Verwirklichung der Grundrechte sieht? Wie verträgt sich sein Freiheitsbegriff, der sich stark auf materielle Freiheit bezieht, mit den demokratischen Freiheitsprinzipien, bei denen es um weit mehr als das Recht, Kapitalismus zu leben, geht? Für welche Politik steht der Bund der Steuerzahler und wessen Interessen vertritt er? Ist der Bund der Steuerzahler das gesellschaftliche Regulativ, als das er sich selbst darstellt?

Bei diesen Fragestellungen bleibt es nicht aus, unterschiedliche Wirtschaftsanschauungen ins Spiel zu bringen. Denn wir leben heute nicht mehr in einem Feudal-system! Wir sind keine armen Bäuerinnen und Bauern,

die davor beschützt werden müssen, dass ihnen mehr, als ihr Zehnt abgenommen wird.

Vielmehr stehen wir vor der Frage, **wie viel Sozialstaat und Solidarität wir aufgeben wollen**, wie viel Eigenverantwortung wir denjenigen, die am Rande der ökonomischen Gesellschaft stehen, aufbürden wollen und können. Und das nicht erst seit der, im Frühsommer 2007 in den USA ausgebrochenen Immobilienkrise, die sich zu einer Banken- und Finanzkrise auszuweiten droht und zukünftig weltweit zu **schlimmsten Auswirkungen auf die Realwirtschaft** führen kann.

## 2. Steuern als politisches Kampffeld

***Als der Bund der Steuerzahler in der jungen Bundesrepublik angetreten ist, um der Politik auf die Finger zu schauen, stand der Verein für zwei grundlegende materielle Bedürfnisse der Menschen. Einerseits erkämpfte er Transparenz, die Offenlegung der ursprünglich geheimen Finanzpläne der Verwaltungen, und andererseits gab er sich als Kämpfer für möglichst niedrige Steuern, als Anwalt für die Rechte der Bürgerinnen und Bürger.***

Damit besetzte der Bund der Steuerzahler in einer Zeit, wo das Kriegselend und die Nachkriegsarmut das Denken noch prägten, wichtige Werte für eine Gesellschaft, die auf materiellen Wohlstand hoffte.

Heute ist der Bund der Steuerzahler von seiner Thematik und seiner inhaltlichen Positionierung her ein Verein von Lobbyisten, die sich den Interessen einer umfas-

senden Zielgruppe, der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, annehmen. Berücksichtigt man die historische Entstehung, wird klar, welche Bedeutung die Forderungen einst und in heutiger Zeit haben.

### Die Ursprünge des Bundes der Steuerzahler

Die Idee einer Bürgerinitiative der Steuerzahler reicht in die Weimarer Republik zurück. Angesichts der Reichsschuldenlast Deutschlands aus Kriegsanleihen und Reparationszahlungen nach dem 1. Weltkrieg war der Bedarf an Steuereinnahmen immens. Die notwendigen Reformen der Steuergesetze, die zu enormen Steigerungen der Steuerquote führten, wurden von den Feinden der jungen Republik, etwa der aufkommenden NSDAP (aber auch von Parteivertretern etwa des Zentrums oder der Deutschnationalen Volkspartei aus wahltaktischen Gründen), dazu ausgenützt, die sich teils in bitteren Notlagen befindlichen Bevölkerungsteile aufzuhetzen und zur Sabotage anzustacheln.

Ende der 1920er Jahre versuchte der damalige Kommanditist der „Darmstädter und Nationalbank“ (Danatbank), der Berliner Bankier Jakob Goldschmidt, u.a. die Industriellen Robert Bosch, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach sowie Tilo Freiherr von Wilmowsky von einer Organisation der Steuerzahler nach schwedischem Vorbild in Deutschland zu überzeugen. Doch die Weltwirtschaftskrise machte mit ihren gravierenden finanzpolitischen Auswirkungen im Jahre 1931 die Träume vom „mündigen Steuerbürger“ in Deutschland vorerst zunichte, das Dritte Reich beendete sie dann vollends: „Jeder Gedanke an eine demokratische Bürgerinitiative der Steuerzahler musste aufgegeben werden, als sich die nationalsozialistische Machtübernahme abzuzeichnen begann...“. Die Nationalsozialisten ließen den angekündigten, spektakulären Steuererleichterungen nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler sehr

bald – auf Basis des Ermächtigungsgesetzes vom 24. März 1933 – verschärfte Steuererhebungen folgen.

Die wirtschaftliche Vernichtung der Menschen jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft wurde mit ungeheuren Sondersteuern eingeleitet.<sup>1</sup> Das totalitäre System des deutschen Faschismus führte halb Europa direkt in eine verheerende Schuldknechtschaft und hinterließ auch finanzpolitisch eine Wüste.

Nach dem Kriegsende und der Befreiung Europas vom Faschismus durch die alliierten Truppen waren für Professor Dr. Karl Bräuer die in Deutschland „nach dem Zusammenbruch 1945 einsetzende... erschütternde... Finanznot, [die] die erlaubten Grenzen bei weitem übersteigende... konfiskatorische... Höhe der Gesamtsteuerbelastung und ... [die] durch die Bewilligungsfreude der Parlamente hervorgetretene... öffentliche Verschwendung von Steuergeldern, ganz allgemein ... [die] Unwirtschaftlichkeit in der Verwendung öffentlicher Mittel“<sup>2</sup> entscheidende Antriebsfedern für sein Engagement.

### Eine Kultur des Misstrauens

Bemerkenswert an diesen Einschätzungen ist, dass Bräuer 1949, als er „einer Gruppe tatkräftiger Stuttgarter Bürger unter der Führung von Dr. Hermann Wunderlich“<sup>3</sup> dabei zur Seite stand, den Bund der Steuerzahler aufzubauen, überhaupt nicht wissen konnte, ob bei den öffentlichen Ausgaben tatsächlich die „Verschwendung“ und die „Unwirtschaftlichkeit“ grassierte. Den Menschen im Nachkriegsdeutschland können schlimme Vermutungen über die Gesetzgebungen und die Entwicklung der neuen Republik zugestanden werden. Denn in mehr als 12 Jahren nationalsozialistischer Diktatur hatte sich eine Kultur des Misstrauens entwickelt und die junge Bun-

<sup>1</sup> Anmerkung: Die wirtschaftliche Vernichtung war dabei allerdings nur einer der Aspekte, mit denen die Verfolgung eingeleitet worden ist.

<sup>2</sup> Bund der Steuerzahler 1999, S. 27.

<sup>3</sup> Ebd.

desrepublik konnte noch nicht den Beweis liefern, dass inzwischen stabile demokratische Verhältnisse entstanden wären. Dafür war die Zeit zu kurz.

Im Jahr 1949 waren die haushaltsrechtlichen Dokumente noch geheime Verschlusssache. Als eine seiner ersten Aufgaben hat der Bund der Steuerzahler angesehen, die öffentliche Information über die Haushaltspläne, Haushaltsrechnungen und die Berichte der rechnungsprüfenden Behörden zu erwirken.

Die Aktivität des Bundes der Steuerzahler basierte also auf einer Annahme – der Unterstellung, dass der Staat verschwenderisch und unwirtschaftlich mit den Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger umginge. Sahen die Gründungsväter des Bundes der Steuerzahler sein schwedisches Vorbild „*Skattebetalarnas Förening*“ als „Bollwerk der wirtschaftlichen Vernunft gegen alle Tendenzen kollektiver Entartung und Planwirtschaft“,<sup>4</sup> so ist die Intention des amtierenden Vereinspräsidenten Dr. Karl Heinz Däke, „ein **wirksames Gegengewicht zum Moloch Staat** zu sein und für die **Freiheit der Bürgerinnen und Bürger als demokratisches Grundrecht** zu kämpfen“.<sup>5</sup> Dass sich die Befürchtungen der Nachkriegszeit, die Kultur des Misstrauens, bis in die Gegenwart gehalten haben, ist erstaunlich.

### Seit der Gründung die Maxime: Verwendung = Verschwendung

Die frühen Schriften des Bundes der Steuerzahler machen das Bedürfnis nach einer Interessenvertretung verständlich. In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre herrschte in der Bevölkerung teilweise die Angst, dass ihr etwas weggenommen würde. Die Schaffenskräfte im Nachkriegsdeutschland waren stolz auf ihre neuen Wirtschaftsleistungen. Das „Wirtschaftswunder“ sollte erhalten bleiben – und das natürlich in den eigenen vier Wänden, wie im ganzen Land. Der „Staatskapitalismus“

<sup>4</sup> Bund der Steuerzahler 1999, S. 26.

<sup>5</sup> Ebd., 1999, S. 9.



wurde als bedrohliches Schreckgespenst aufgebaut und empfunden. Auf diese Angst ging der Bund der Steuerzahler ein.

Der Verein sieht sich selbst als wahren Aufklärer und Demokraten der ersten Stunde. Mit den nicht endenden Forderungen nach der Zurückdrängung der Staatsmacht untermauert er, dass sich der **Staat lediglich als „neutraler Schiedsrichter“ im Wirtschaftsgeschehen** bewegen soll. Doch schon das Grundgesetz regelt, dass der Staat verschiedene Aufgaben wahrzunehmen hat, die über die Rolle eines Beobachters hinausgehen: So berücksichtigt etwa die Gesetzgebungskompetenz das Erfordernis der Durchsetzung von Zielen, wie „...die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse“.<sup>6</sup>

Der Bund der Steuerzahler dagegen sieht sich in einem Kampf gegen das **„Eindringen dilettantischer Bürokraten in das empfindliche Getriebe des Marktes“**,<sup>7</sup> als Verteidiger der Freiheit als demokratischem Grundrecht. Im Modell von Adam Smith<sup>8</sup> führt ein marktgerechtes Verhalten quasi automatisch zur Verbesserung der Welt. Doch führt die Unterwerfung unter die Diktatur des Marktes zur Freiheit der Bürgerinnen und Bürger? Ist ein marktgerechtes zugleich ein moralisch/sozial gutes Verhalten?

Der Markt ist nur ein kleiner Teil der Ökonomie und ein noch kleinerer Teil des Lebens. Ein großer Teil des Wohlstands und des Wohlbefindens wird außerhalb des Wirtschaftssektors erzeugt. Große Bereiche der Erziehung, Haushaltsführung, Nachbarschaftshilfe, freiwilliges und ehrenamtliches Engagement, die Pflege von Verwandten und Freunden im privaten Bereich und viele andere Aktivitäten tauchen nicht in der offiziellen Wirtschaftsstatistik auf, erzeugen aber Lebensqualität. Der

<sup>6</sup> Artikel 72 Absatz 2 Grundgesetz.

<sup>7</sup> Bund der Steuerzahler 1999, S. 11.

<sup>8</sup> Vgl. hierzu: Adam Smith: Der Wohlstand der Nationen (Original: „... the Wealth of Nations“, 1776).

Anteil des Wohlstands, die aus diesem Bereich entsteht, steigt aufgrund zunehmender Rationalisierung und des ständigen Um- und Abbaus von Arbeitsplätzen in der Geldwirtschaft weiter an.<sup>9</sup> Und der Markt – er braucht, um überhaupt funktionieren zu können, neben diesem Bereich der nicht statistisch erfassten Leistungen die politischen Freiräume einer halbwegs gleichgewichtigen Gesellschaftsstruktur.

## Auf dem Weg in eine neoliberale Welt

Für den Bund der Steuerzahler ist ein schlanker und effektiver Staat ein freiheitlicher Staat. Doch privat bewirtschaftet bleiben Aufgaben wie die Chance auf den Zugang zu Bildung auf der Strecke. Seit seiner Gründung 1949 spielt der Bund der Steuerzahler einer voranschreitenden Ökonomisierung und Entsolidarisierung der Gesellschaft mit seiner Botschaft zu, dass die gezahlten Steuern, also die **Beiträge zur Gemeinschaft, verlorenes Geld** seien: Die öffentliche Hand bestreite damit **ihre** Ausgaben – und dies zudem verschwenderisch und korrupt. Wie beiläufig wird an der Vorstellung gebastelt, dass ein Staat wie ein privatwirtschaftliches Unternehmen, d.h. nach Effizienz- und Effektivitätskriterien des Eigentümers, geführt werden könne und müsse – also jederzeit zum höchstmöglichen Preis veräußerbar sein sollte. Doch anders als ein Unternehmen wird ein Staat nicht veräußert, ausgelagert oder einfach geschlossen. Im Übrigen hat die privatwirtschaftliche Effizienz rein gar nichts mit der volkswirtschaftlichen und damit auch gesellschaftlichen Effizienz zu tun:

### Beispiel :

Das Unternehmen E.ON mag für seine Shareholder effizient sein. Doch maximiert seine Verteilung von Ressourcen, seine Preispolitik und sein Marktverhalten auch die Wohlfahrt der meisten Mitglieder der Gesellschaft?

<sup>9</sup> Vgl. Gasche/Guggenbühl/Vontobel 1996, 211ff.



Während jüngere „**Reforminitiativen**“ wie die Kölner **PR-Agentur**<sup>10</sup> „*Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH*“ die Bevölkerung auf dem Weg in eine rein marktmäßig orientierte, neoliberale Welt mit der Forderung nach mehr Eigenverantwortung in die Pflicht nehmen, setzt der Bund der Steuerzahler – mit der gleichen Zielsetzung – am anderen Hebel an.

**Neoliberal:** Der Begriff steht für angebotsorientierte Wirtschaftspolitik oder Marktfundamentalismus. Dabei sorgen die Marktmechanismen nicht nur für die marktmäßig „optimale“ Verteilung der Ressourcen, sondern sind zugleich auch Grundlage für Demokratie und Freiheit. Mehr dazu in: Veit: „Neoliberalismus. Ein Gespenst geht um – nicht nur in Europa“ IGM Jugend! (Hrsg.).

Der Bund der Steuerzahler behauptet seit seiner Gründung, die Öffentliche Hand verschwende die Gelder der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in einem unglaublichen Ausmaß. Daraus leitet der Verein die Forderung nach einem schlanken Staat ab.

Mit der Erwartung, dass der Staat wirtschaftlich ineffiziente Entscheidungen trifft, stellt der Bund der Steuerzahler staatliches Handeln unter Generalverdacht. Natürlich gibt es verfehlte Kostenplanungen, z.B. beim Bau. Oft ist es aber gerade das Verhalten privater Unternehmen, das die Kosten in die Höhe schießen lässt und dafür sorgt, dass ursprüngliche Berechnungen nicht eingehalten werden. Denn diese privaten Unternehmen haben die Zielsetzung, den eigenen wirtschaftlichen Erfolg zu maximieren. Doch auf diesem Auge ist der Verein blind: Nach seiner Auslegung ist der Staat unfähig, sind die demokratischen Kontrollfunktionen ebenfalls unfähig und das System der sozialen Marktwirtschaft ist an sich und insgesamt untragbar .

<sup>10</sup> Die Positionen des Kölner Unternehmens INSM GmbH finden sich auf dessen Webseite <http://www.insm.de>.

In der Bevölkerung öffnet sich währenddessen die Schere zwischen arm und reich zunehmend. Die Konsumwelt ermahnt, dass es nichts zu verschenken gäbe und dass Geiz „geil“ sei. Das Produkt „Steuern sparen“ ist konsensfähig.

### 3. „Getrennt marschieren und vereint schlagen“

**„Getrennt marschieren und vereint schlagen“,<sup>11</sup> mit dieser Arbeitsteilung hat sich der Verein Bund der Steuerzahler e.V. am 9. Oktober 1949 in Stuttgart gegründet. Er handelt gemäß seiner Satzung überparteilich, unabhängig und gemeinnützig.**

Die wesentlichen Vereinsziele sind ein „einfaches und gerechtes Steuersystem, die Verringerung der Abgabenglast sowie eine sparsame und wirtschaftlichere Verwendung der Steuergelder“.<sup>12</sup> Dabei ist der Verein seit jeher Anhänger einer radikalen Marktwirtschaft gewesen. Den diversen Positionen und Stellungnahmen ist zu entnehmen, dass sich der Staat stets aus den Marktmechanismen heraushalten soll. Der Interessenverband vertraut auf die reinen Marktmächte und benutzt die Steuerargumentation dazu, das Gemeinwohl zu kippen. Die Mobilmachung gegen staatliche Steuerverschwendung und Amtsmissbrauch sind **verschleierte Aufrufe zur Privatisierung und Liberalisierung!**

Wie stark kann ein Verein das Attribut „unabhängiger Arbeit“ beanspruchen, wenn er mit einer klaren finanz-

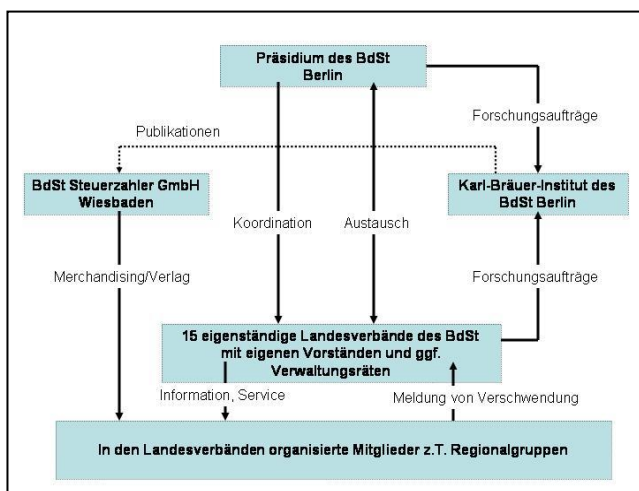
<sup>11</sup> Bund der Steuerzahler 1999, S. 29.

<sup>12</sup> Ziele aus BdSt-Portrait auf der Webseite des Bundes der Steuerzahler („Wir über uns“) <http://www.steuerzahler.de>.

politischen Positionierung und Zielsetzung vorgeht? Inwieweit sind bei den gegebenen inneren Strukturen mit starken personellen und institutionellen Verflechtungen die Empfehlungen, die an Wirtschaft und Politik weitergegeben werden, „neutral“? In seiner 58-jährigen Geschichte hat sich der Bund der Steuerzahler zu einem gesellschaftlich und politisch starke Beachtung findenden Verein entwickelt. Ein Blick in die innere Struktur verrät, wie der vergleichsweise kleine Interessenverband es schafft, sich medial so viel Gehör zu verschaffen.

### 3.1 Die Arbeit der Einrichtungen

Der Bund der Steuerzahler will die steuer- und finanzpolitischen Entscheidungen bei Bund, Ländern und den Kommunen beeinflussen. Für die breite Vertretung seiner Interessen ist er in einen Bundesverband und fünfzehn selbständig agierende Landesverbände gegliedert. Ein Schwerpunkt der Arbeit der Landesverbände liegt neben der überregionalen Abstimmung mit dem Präsidium in der Versammlungs- und Werbetätigkeit, ein weiterer in der Kommunikation mit den Mitgliedern.



#### Kurz erläutert 1: Struktur des Steuerzahlerbundes

Seit der Vereinsgründung unterhält der Bund der Steuerzahler eine Forschungseinrichtung, zunächst als wissenschaftliche Abteilung, seit 1965 unter dem Namen *Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler*. Der Bund der Steuerzahler arbeitet zudem im Forschungsbereich regelmäßig mit der *Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik e. V., Köln (FORES)* zusammen.

Die neoliberale, 1958 von dem ehemaligen Präsidiumsmitglied des Bundes der Steuerzahler Prof. Günter Schmolders gegründete, unabhängige Forschungsstelle führt im Auftrag des Bundes der Steuerzahler „unabhängige“ Befragungen durch und erstellt Gutachten für den Verein.

Der kommerzielle Arm des Bundes der Steuerzahler ist die *BdSt Steuerzahler Service GmbH*, ein Anbieter von Seminaren, Büchern, Broschüren, Software und Dienstleistungen.

#### Präsidium

Der Bundesverband des Bundes der Steuerzahler hält regelmäßige Präsidialversammlungen mit den Landesverbänden ab und organisiert die überregionalen Ausschüsse für Steuerfragen, Fragen des Bundeshaushalts sowie Länder- und Kommunalfinanzen. Darüber hinaus ist er für bundesweit wirksame Stellungnahmen und Kontakte zuständig.

Die steuerpolitische Arbeit des Bundes der Steuerzahler erstreckt sich über die Bereiche Besteuerungspraxis, Gesetzesvorlagen und Informationen der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Dabei befasst sich der Verein mit allen Steuerarten, Besteuerungsverfahren, internationalem Steuerrecht und der EU-Harmonisierung. Mit seinen „Stellungnahmen“ sieht sich der Verein als Anwalt der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, der die Rechte selbiger offensiv vertritt. In diesen Veröffentlichungen fordert das Präsidium des Bundes der Steuerzahler im Wesentlichen eine gerechte Verteilung der

Steuern, die Vereinfachung des Steuerrechts und eine Senkung der Steuer- und Abgabenlasten. Die Kritik des Präsidiums des Bundes der Steuerzahler hat aus seiner eigenen Sicht durch konstruktive Verbesserungsvorschläge (wie zur Reform der Einkommenssteuer mit nachhaltiger Nettoentlastung und einer kompletten Gegenfinanzierung) zu Erfolgen wie dem Abbau „überholter“ Steuern (unter anderem Vermögenssteuer, Gewerbesteuer) und zur Verhinderung von Verschärfungen (z.B. allgemeine Spekulationssteuer auf Aktien, Wiedereinführung der Baulandsteuer) geführt.

Zudem leistet das Präsidium Servicearbeit mit „cleveren Steuertipps“ zu Abgabefristen oder durch Hinweise auf Urteile und Gesetze sowie das Aufzeigen von Steuergestaltungsmöglichkeiten, damit die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler kein Geld „verschenken“.

### Karl-Bräuer-Institut

Das Karl-Bräuer-Institut in Berlin ist eine vereinseigene Forschungseinrichtung. Es erarbeitet die wissenschaftlichen Grundlagen für den steuer- und finanzpolitischen Kurs des Bundes der Steuerzahler. Die Forschung des Karl-Bräuer-Instituts ist nicht ergebnisoffen. Einer kritischen Haltung gegenüber den eigenen Lehrsätzen und Erkenntnissen, der Basis wissenschaftlicher Arbeit, steht die klare Positionierung des Karl-Bräuer-Instituts entgegen: Seine Publikationen treten

- für einen **schlanken und sparsamen Staat**,
- für **weniger Staatsschulden und niedrigere Abgaben** sowie
- für eine **gerechte und einfache Besteuerung**

ein<sup>13</sup>. Sein Ansehen über den Bund der Steuerzahler hinaus hat sich das Karl-Bräuer-Institut dadurch erarbeitet, dass es als eine der ersten Einrichtungen in Deutschland überhaupt in den 1960er Jahren systema-

<sup>13</sup> Vgl. das Kurzporträt des Karl-Bräuer-Instituts auf seiner Webseite <http://www.karl-braeuer-institut.de>.

tisch den Bundeshaushalt analysiert hat. Zudem gehörte das Karl-Bräuer-Institut bei Fragen der Politikfinanzierung zu den Vorreitern in der öffentlichen Diskussion.

### Die BdSt Steuerzahler Service GmbH

Die BdSt Steuerzahler Service GmbH ist einerseits der Verlag der Bund der Steuerzahler-Mitgliederzeitschrift „Der Steuerzahler“, andererseits aber auch ein Anbieter für Steuerfachseminare (an „reizvollen Veranstaltungsorten in ausgewählten erstklassigen Tagungshotels“), Ratgeber-Broschüren und Software. In seinem Online-Shop werden zudem auch kostenlose Depot-Checks (für Menschen, die Wertpapiere mit einem Depotwert von 25.000 Euro an aufwärts besitzen), Produkte der Haufe Service Center GmbH in Freiburg sowie die „Steuer-sparbriefe“ des Bundes der Steuerzahler angeboten.

## 3.2 Repräsentativität des Bundes der Steuerzahler

Der Bund der Steuerzahler wird durch die Medien regelmäßig in die öffentliche Diskussion gehoben und in Haushalts- und Steuerfragen häufig befragt oder zitiert. Wie stark ist eigentlich die Bevölkerung in dem Verein, der sich selbst zum Anwalt der Steuerbürgerinnen und Steuerbürger ernannt hat, repräsentiert?

Der Bund der Steuerzahler hat nach eigenen Angaben derzeit ca. 350.000 Mitglieder.<sup>14</sup> Den Mitgliederstamm des Vereins bilden die mittelständischen Unternehmen jeder Rechtsform. Nach Vereinsangaben sind 60-70 Prozent der Mitglieder mittelständische Unternehmen.<sup>15</sup> Daneben sind auch „viele Studenten, Arbeitnehmer und Existenzgründer sowie Rentner Mitglied“ des Vereins. Vor allem für „Firmengründer und Freiberufler“<sup>16</sup> bietet

<sup>14</sup> Vgl. Webseite des Vereins <http://www.steuerzahler.de>.

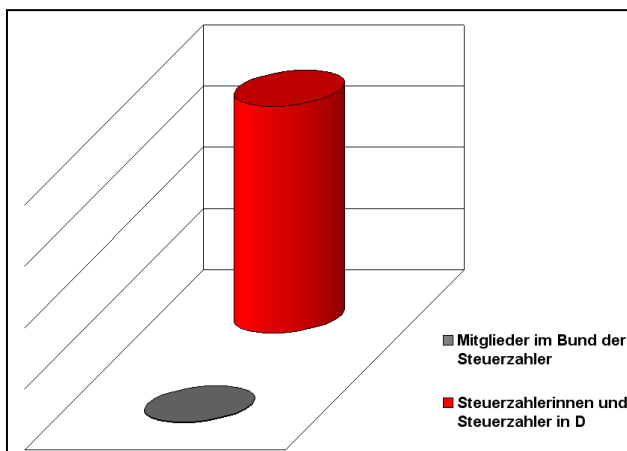
<sup>15</sup> Vgl. „Strafanzeige gegen Steuerzahlerchef“ in: FTD vom 23.03.2005, S. 12.

<sup>16</sup> Vgl. dazu die Webseite des Landesverbands Hamburg.

der Verein „die Möglichkeit, sich seiner Hilfe und Unterstützung zu versichern“.

Die Präsidiums- und Vorstandsmitglieder des Bundes der Steuerzahler sind überwiegend Fachanwälte (vor allem für Steuerrecht), Volkswirte, Kaufleute und Steuerberater; auch eine Anwältin ist dabei. In den vereinzelt, im Internet veröffentlichten Mitgliederverzeichnissen der Landesverbände setzt sich der hohe Anteil von Anwälten, Kaufleuten und Steuerberatern fort.

Gemäß dieser Datenlage und nach den Angaben des Vereins – 60 bis 70 Prozent der Mitglieder seien mittelständische Unternehmen – sind beim Bund der Steuerzahler unter 40 Prozent, das heißt weniger als 140.000 Mitglieder, Privatpersonen. Damit vereint der Bund der Steuerzahler kaum 0,4 Prozent der mehr als 37 Millionen steuerpflichtigen Bürgerinnen und Bürger unter seinem Dach.



### **Kurz erläutert 2:** Der kleine Verein sieht sich als Vertreter aller Steuerzahlerinnen und Steuerzahler

Wie die Grafik veranschaulicht, ist nur **ein verschwindend geringer Anteil der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler** in dem Verein organisiert, der sich selbst als „Finanzgewissen der Nation“ ansieht. Ob die 99,6 Prozent aller Steuerpflichtigen, die nicht im Verein organisiert sind, ähnliche Interessen haben, wie die Vereinsmitglieder, ist völlig ungewiss!

Der Verein hatte innerhalb der letzten vier Jahre einen Mitgliederschwund von ca. 20 Prozent zu verkräften. Zum 50-jährigen Bestehen des Vereins 1999 und auch im August 2003 laut bayrischem Landesverband wurden noch 430.000 Mitglieder, 80.000 mehr als im Herbst 2007, vermeldet. Dieser starke Rückgang ist bemerkenswert. Weder hat sich in diesem Zeitraum ein gesellschaftlicher Willensbildungsprozess kontrovers zu den Zielen des Bundes der Steuerzahler entscheidend verschoben, noch hat sich der Verein durch die Durchsetzung seiner Vorstellungen überflüssig gemacht. Vereinsinterne Turbulenzen, so die Offenlegung der drei Vorstandsbezüge des Präsidenten von über 185.000 Euro jährlich oder die Vorwürfe der Untreue und der Streit über die Verwendung des Vereinsvermögens im Berliner Landesverband könnten in den letzten Jahren am sauberen Image und an der Glaubwürdigkeit des Vereins gekratzt haben.

## **3.3 Finanzierung**

Gemäß eigener Angaben finanziert sich der Bund der Steuerzahler „ausschließlich aus den bescheidenen Beiträgen seiner Mitglieder, die oben drein nicht einmal als steuerlich abzugsfähig anerkannt wurden (und werden)“.<sup>17</sup>

Die Darstellung seiner Unabhängigkeit von öffentlichen Mitteln oder von hohen Zuwendungen aus Wirtschaftskreisen bedeutet dem Verein viel, da er sich satzungsgemäß als überparteilich, unabhängig und gemeinnützig versteht. Der leiseste Anschein einer finanziellen Abhängigkeit, die „zur Zielscheibe der Kritik gemacht werden“<sup>18</sup> könnte, widerspräche einem Hauptanliegen des Bundes der Steuerzahler, der positiven Darstellung in der deutschen Öffentlichkeit.

<sup>17</sup> Bund der Steuerzahler 1999, S. 29.

<sup>18</sup> Ebd.

So profitiert der Verein nur indirekt, über seine steuerlichen Vorteile aus der Gemeinnützigkeit, von der staatlichen Finanzverwaltung. Die Mitgliedsbeiträge der Landesverbände variieren für Einzelpersonen zwischen 48 und 98 Euro, für Unternehmen betragen sie im Jahr maximal 150 Euro. Bei der jüngsten, vom Verein angegebenen Mitgliederzahl von 350.000 belaufen sich die Einnahmen des Vereins aus Mitgliedsbeiträgen auf rund 21,4 Millionen Euro im Jahr.<sup>19</sup> Das Budget des Vereins dürfte aufgrund von Beitragserhöhungen trotz des Verlusts von 80.000 Mitgliedern seit August 2003 in ungefähr konstant geblieben sein.

Neben den Mitgliedsbeiträgen erhält der Bund der Steuerzahler auch Spenden. Bei Vereinen, die als Lobbyisten im Bereich der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik auftreten, liegt der Verdacht nahe, dass zahlungskräftige Unternehmen, die ihre Positionen durch den Verein einträglich repräsentiert sehen, hohe Zuwendungen leisten. Diese Sorge weist der Bund der Steuerzahler immer wieder zurück.<sup>20</sup> Die höchste Spende – 5.000 Euro –, so ein Sprecher des Vereins, käme im Zweijahresrhythmus von einem Wirtschaftsverband und gehe an das vereinseigene Karl-Bräuer-Institut. Einen Fall habe es gegeben, dass ein Unternehmen eine Großspende an eine bestimmte inhaltliche Aussage habe knüpfen wollen; der Verein und das Karl-Bräuer-Institut hätten jedoch abgelehnt. Gemäß dem Bund der Steuerzahler finanzieren „Tausende von Bürgern“ und Bürgerinnen das Institut durch ihre steuerlich abzugsfähigen Spenden.<sup>21</sup>

Eine rechtlich und steuerlich gewiss sauber abgetrennte Einnahmequelle des Bundes der Steuerzahler ist die BdSt Steuerzahler-Service GmbH.

<sup>19</sup> Eigene Berechnungen anhand der Angaben des Vereins auf den Webseiten des Vorstands und der Landesverbände.

<sup>20</sup> Vgl. „Strafanzeige gegen Steuerzahlerchef“ FTD vom 23.03.2005, S. 12.

<sup>21</sup> Anm.: Die Zuwendungen des Karl-Bräuer-Instituts sind im Gegensatz zu denen des Vereins steuerlich abzugsfähig.

### 3.4 Mitgliederwerbung: Vom Bund der Steuerzahler zur Hamburg-Mannheimer

Selbst wenn der Bund der Steuerzahler von der Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG tatsächlich keine finanziellen Zuwendungen erhält, so doch immerhin massive logistische Unterstützung: Der Verein bedient sich seit den 1970er Jahren des Versicherungskonzerns als Beauftragtenorganisation für die Mitgliederwerbung. Die Versicherungsprofis gehen dabei strategisch vor: Zunächst gewinnen die Außendienstmitarbeiterinnen und Außendienstmitarbeiter der Versicherung an den Haustüren das Vertrauen, indem sie sich als Angehörige des Bundes der Steuerzahler vorstellen bzw. angeben, für ihn Mitglieder zu werben. Erst im Anschluss versuchen sie, einen Termin für die Versicherungsberatung zu vereinbaren, um ihre Versicherungen zu verkaufen.<sup>22</sup> Diese aktive Mitgliederwerbung bringt dem Bund der Steuerzahler jährlich ca. 1,5 Millionen Euro an Beiträgen ein.<sup>23</sup> Vereinspräsident Däke, ausgestattet mit einem Sitz im Beirat des Versicherungskonzerns, meint, dass dieses professionelle Cash-Management mit seinem hohen moralischen Anspruch vereinbar sei.

Allerdings sind durchaus Zweifel daran angebracht, ob die Mitgliederwerbung über die Hamburg-Mannheimer mit der Unabhängigkeit des Bundes der Steuerzahler in Einklang zu bringen ist.<sup>24</sup> Denn immerhin ist ein wichtiger Wirtschaftsbereich des Versicherungskonzerns die Abdeckung des „steigenden Versorgungsbedarfes“.<sup>25</sup>

<sup>22</sup> Vgl. „Strafanzeige gegen Steuerzahlerchef“ in: FTD vom 23.03.2005, S. 12.

<sup>23</sup> Vgl. „Blenden für Spenden“ in: impulse vom 1.5.2005, S. 30.

<sup>24</sup> Jobinteressentinnen und Jobinteressenten werden über die Webseite des Bundes der Steuerzahler an den Versicherungskonzern geleitet: [http://www.steuerzahler-mv.de/files/1553/Stellenanzeige\\_HM\\_MV.pdf](http://www.steuerzahler-mv.de/files/1553/Stellenanzeige_HM_MV.pdf), wo sie sich als „Beauftragte für vertriebsvorbereitende Tätigkeit“ bewerben können.

<sup>25</sup> Vgl. Angaben auf Webseite des Versicherungskonzerns <http://www.hamburg-mannheimer.de>.



Dieser Geschäftszweig der Hamburg-Mannheimer ergänzt sich perfekt mit den Forderungen des Bundes der Steuerzahler, den Staatssektor durch Privatisierung der Sozialversicherungssysteme zu schrumpfen: Der Verein schafft eingangs das gesellschaftliche und politische Klima für den Abbau der staatlichen Versorgungssysteme und treibt dann die nunmehr Unterversorgten in die Arme seines strategischen Partners, der Hamburg-Mannheimer.

Mit den hohen Zielen der Gemeinnützigkeit und Überparteilichkeit ist diese Werbepaxis nicht zu vereinbaren.

### 3.5 Köpfe und Netzwerke

Die Führungsspitze des Bundes der Steuerzahler ist innerhalb des Vereins stark in weiteren wichtigen Posten untergeordneter Organe organisiert. Diese Ämterkonzentration bei den Präsidiums- und Vorstandsmitgliedern drückt sich darin aus, dass acht Mitglieder des Vereins nicht weniger als 21 Führungs- und Lenkungenfunktionen innerhalb der Steuerzahlerorganisation auf sich vereinen.

**Wer also sind diejenigen, die sich in vielen Themenbereichen, wie etwa der Ausgestaltung einer Steuerreform, zu „Meinungsführern“ in Deutschland aufgeschwungen haben?**

Der Volkswirt *Dr. Karl Heinz Däke* bekleidet die Schlüsselfunktionen im Verein. Der Präsident des Bundes der Steuerzahler ist zugleich der Vorsitzende des Karl-Bräuer-Instituts und Vorstandsmitglied im Landesverband Nordrhein-Westfalen. Darüber hinaus hat Däke bei der World Taxpayers Association (WTA) und bei der Taxpayers Association of Europe (TAE) die Positionen eines Vizepräsidenten (vgl. Abb. 3). Als Beirat der Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG sitzt der Oberkontrolleur der Politik u.a. mit den Bundestagsabgeordneten

Rainer Wend (SPD), Guido Westerwelle (FDP) und Volker Rühle (CDU) am Tisch.

<b>World Taxpayers Association (WTA)</b> Rolf Baron von Hohenhau: Vizepräsident Dr. Karl Heinz Däke: Vizepräsident	<b>Taxpayers Association of Europe (TAE)</b> Rolf Baron von Hohenhau: Präsident Dr. Karl Heinz Däke: Vizepräsident
<b>Präsidium des BdSt, Berlin</b> Dr. Karl Heinz Däke: Präsident Dr. Bernd Schulze-Borges: Stellvertreter Zenon Bilaniuk: Vizepräsident Ulrich Fried: Vizepräsident Dr. Elfi Gründig: Vizepräsidentin Prof. Dr. Wolfgang Kitterer: Vizepräsident Hannah Stein: Vizepräsidentin Reiner Holzengel: Bundesgeschäftsführer	<b>Karl-Bräuer-Institut des BdSt Berlin</b> Dr. Karl Heinz Däke: Vorsitzender Dr. Bernd Schulze-Borges: Mitglied des Vorstandes Rolf Borell: Mitglied des Vorstandes Lothar Schemmel: Wissenschaftlicher Leiter Volker Stern Georg Werner: Referent Damian Fichte: Referent Olaf Schlemmer: Referent
<b>Vernetzung in Landesverbänden des BdSt</b> Dr. Karl Heinz Däke: Vorstandsmitglied NRW Dr. Bernd Schulze-Borges: Vorstandsmitglied Niedersachsen Rolf Baron von Hohenhau: Präsident Bayern Zenon Bilaniuk: Stellvert. Vorsitzender BW Ulrich Fried: Vorsitzender Hessen Reiner Holzengel: Mitglied Landesvorsitz MackPom Dr. Elfi Gründig: Vorsitzende Thüringen	<b>BdSt Steuerzahler GmbH, Wiesbaden</b> Volker Stern: Geschäftsführer

#### Kurz erläutert 3: Ämterkonzentration in der Führung des Bundes der Steuerzahler

Der Fachanwalt für Steuerrecht *Dr. Bernd Schulze-Borges* ist Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler, Vorstandsmitglied des Karl-Bräuer-Instituts und des Landesverbands Niedersachsen.

Der Diplom-Kaufmann *Rolf Baron von Hohenhau*, Präsident der Taxpayers Association of Europe (TAE) und Vizepräsident der World Taxpayers Association (WTA), steht dem Landesverband Bayern als Präsident vor.

Die Vizepräsidenten des Bundes der Steuerzahler *Dr. Elfi Gründig* und *Ulrich Fried* sind gleichzeitig die Vorsitzenden der Landesverbände Thüringen bzw. Hessen, Vizepräsident *Zenon Bilaniuk* bekleidet den Posten des Stellvertretenden Vorsitzenden des Landesverbands Baden-Württemberg.

Lediglich die beiden weiteren Vizepräsidenten des Bundes der Steuerzahler, die Rechtsanwältin und Münchener Stadträtin a.D., *Hannah Stein*, und das Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen und Lehrstuhlinhaber der Universität Köln, Prof. Dr. *Wolfgang Kitterer*, üben keine weiteren offiziellen Führungsfunktionen im Verein aus.

Doch die Anballung von Macht betrifft nicht allein das Präsidium des Bundes der Steuerzahler. So ist der Bundesgeschäftsführer des Bundes der Steuerzahler und Chefredakteur der Vereinszeitschrift „Der Steuerzahler“, *Reiner Holznagel*, zugleich Mitglied im Landesvorsitz Mecklenburg-Vorpommern, und der Diplom-Volkswirt *Volker Stern* vereint auf sich die Funktionen als Mitarbeiter des Karl-Bräuer-Instituts für Haushaltspolitik und als Geschäftsführer der BdSt Steuerzahler Service GmbH.

Beachtenswert sind die personelle Besetzung und Verquickung in der Führungsebene des Vereins aus zweierlei Gründen: Erstens stellt der Bund der Steuerzahler regelmäßig die Mehrfachverdiener in der Politik an den Pranger und bezichtigt sie der Postenschacherei. Zweitens wirft der Verein den Bundestagsabgeordneten häufig mangelnde Qualifikation aufgrund ihrer beruflichen Orientierungen vor.

Regelmäßig richtet der Bund der Steuerzahler an die Abgeordneten die Kritik, es seien zu viele Spezialistinnen und Spezialisten mit „falschen“ Qualifikationen (z.B. Pädagoginnen und Pädagogen) in ihren Reihen. **Diese seien nicht imstande, zu beurteilen, was das Volk brauche.** Die interne Besetzung des eigenen Präsidiums mit Ökonomen, Steuerberatern und Anwälten sowie einer Anwältin – die sich im übrigen in den Vorständen der Landesverbände fortsetzt – scheint der Auffassung zu folgen, dass eben diese Berufsgruppen in den, auf alle Lebensbereiche übergreifenden Gebieten Wirtschafts- und Finanzpolitik eine erhöhte Kompetenz aufwiesen. Und damit seien sie dann vorrangig geeignet, diese Politikzweige für alle Bürgerinnen und Bürger des Landes besonders gut zu gestalten.

### 3.6 Wie rein ist das „Finanzgewissen der Nation“?

Die Machtkonzentration innerhalb eines Vereins mit einem kleinen, stabsmäßig organisierten Kreis von Funktionärinnen und Funktionären birgt grundsätzlich die Gefahr, dass Willensbildung nicht innerhalb der gesamten Organisation stattfindet, sondern dass Entscheidungen in kleinen Runden getroffen werden. Diese Problematik, so meint Prof. Manfred Güllner vom Sozialforschungsinstitut Forsa, sei typisch für Vereine, die mit hohen ideologischen Zielen antreten. Je stärker sie in den Fokus der Öffentlichkeit gerieten, umso wichtiger werde der Machtausbau.<sup>26</sup>

#### Moralapostel in Nöten

Der Bund der Steuerzahler hat im Jahr 2005 einige Turbulenzen erlebt. Kritisiert wurden insbesondere der Führungsstil und die Transparenz im Verein.

Manche der Anschuldigungen, die aus dem Bund der Steuerzahler heraus an die Öffentlichkeit gedrungen sind, müssen von Vereinsmitgliedern erhoben worden sein, beziehen sie sich doch zumeist auf innere Angelegenheiten des Vereins. Während die Höhe der Vorstandsbezüge von Vereinspräsident Däke, der autoritäre Führungsstil eines Landesverbands und die Mitgliederpolitik nur zu heftigen Diskussionen geführt hat,<sup>27</sup> ermittelten wegen anderer Vorwürfe sogar die Staatsanwaltschaften in Berlin und Wiesbaden. Hierbei ging es um Vorwürfe, dass Gelder veruntreut und Spesenkonten missbraucht worden seien.<sup>28</sup>

<sup>26</sup> Vgl. „Blenden für Spenden“ in: impulse vom 1.5.2005, S. 30.

<sup>27</sup> Vgl. u.a. „Steuersparer angezählt“ in: taz vom 17.2.2005, S. 19, „Reichlich Häme für den ‚Saubermann der Nation‘“ in: FR vom 22.3.2005, S. 4, „Steuerwächter schreiben Vorsitzenden ab“ in: taz Berlin vom 17.11.2005, S. 22 sowie „Kontrolleure außer Kontrolle“ im Tagesspiegel vom 13.12.2005, S. 10.

<sup>28</sup> Vgl. u.a. „Strafanzeige gegen Steuerzahlerchef“ in: FTD vom 23.5.2005, S. 12 sowie „Durchsuchungen beim Bund der Steuerzahler“ in: FR vom 16.2.2005, S. 4.



Am Ende hat der Bund der Steuerzahler – d.h. seine Führung in den Personen der Beschuldigten selbst – alle Vorwürfe dementiert und damit weiterreichende Konsequenzen vom Verein abgewendet.<sup>29</sup>

## Die Mehrfachbezüge des Präsidenten

Der Präsident des Bundes der Steuerzahler Karl Heinz Däke ist wegen seines Jahresgehalts in Höhe von 185.297 Euro in die öffentliche Diskussion geraten. Däke erhält vom Verein drei Gehälter, im Bundesvorstand ca. 88.000 Euro, als Vorsitzender des Karl-Bräuer-Instituts ca. 46.000 Euro und als Vorstandsmitglied des Bundes der Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen ca. 51.000 Euro.<sup>30</sup>

Darüber hinaus bezieht Däke als Beirat der Hamburg-Mannheimer 8.000 Euro jährlich. Diesen Betrag lässt er indes seit 2004 „kulturellen Zwecken“ zukommen. Weiter erhält der Vereinspräsident jedes Jahr an Vortrags- und Aufsatzhonoraren zwischen 10.000 und 15.000 Euro. Zur Anzeige gegen Däke kam es gemäß einem Vereinsprecher durch eine ehemalige Mitarbeiterin.<sup>31</sup> Die Staatsanwaltschaft Wiesbaden prüfte die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen Untreue und Amtsmissbrauchs. Unbestätigten Angaben zufolge hatten die Bezüge, das „extrem hohe Spesenkonto, unglaublich hohe Reisekosten“ und der Umstand, dass Däke „nie anwesend“ sei, bereits früher zu einem internen, später verschleierte Eklat geführt.<sup>32</sup> Der Verein dementierte – die Bezüge seines Präsidenten seien den Aufsichtsgerichten in „vollem Umfang bekannt“ gewesen und anfra-

genden Mitgliedern „immer“ genannt worden.<sup>33</sup> Der Verdacht, dass die drei Vorstandsgehälter von Däke vielen Spitzenfunktionären nicht bekannt gewesen seien, bleibt allerdings bestehen.<sup>34</sup> Der ddp weiß, dass „Verbandsspitzen“ seit langem geahnt hätten, dass die „Bezüge der Öffentlichkeit kaum zu vermitteln seien“. Die Agentur zitierte zudem einen Landesfunktionär, der lange davor gewarnt hat, dass die Bezüge des Präsidenten öffentlich würden. So seien „die Folgen verheerend“. Der Verein „müsste mit einer Austrittswelle rechnen“.<sup>35</sup>

## Der Umgang mit Mitgliedsbeiträgen

Der Berliner Steuerzahlerbund hatte Anfang 2005 unter seinem damaligen Vorsitzenden, dem Unternehmensberater Günter Brinker, ein Vermögen von einer Million Euro angehäuft. Das Geld wurde in Bundesschatzbriefen und Geldmarktfonds angelegt.<sup>36</sup> Bei den Anfang 2005 noch 14.000 Mitgliedern des Berliner Verbands entsprechen eine Million Euro den Mitgliedsbeiträgen für zwei Jahre. Diese Praxis ist zwar mit der Gemeinnützigkeit nicht vereinbar – das Finanzamt hatte die Gemeinnützigkeit aber immer wieder bestätigt, hielt Brinker entgegen. „Will man mir jetzt sparsames Wirtschaften vorwerfen?“,<sup>37</sup> so der Vorstand. Manche der Mitglieder hätten diese Gelder lieber in der Vereinsarbeit verwendet gesehen, Brinker wollte eine Immobilie für den Verein kaufen. Im Laufe des Jahres 2005 wurde der Vorstand des Berliner Landesverbandes mit diversen Vorwürfen überzogen, die Betroffenen witterten Verschwörung.

<sup>29</sup> Vgl. „Steuerzahler-Chef Däke bleibt Verfahren erspart“ in: SZ vom 9.4.2005 sowie „Kontrolleure außer Kontrolle“ im Tagesspiegel vom 13.12.2005, S. 10.

<sup>30</sup> Vgl. „Reichlich Häme für den ‚Saubermann der Nation‘“ in: FR vom 22.3.2005, S. 4.

<sup>31</sup> Vgl. „Strafanzeige gegen Steuerzahlerchef“ in: FTD vom 23.5.2005, S. 12.

<sup>32</sup> Vgl. „Oberster Steuerspar-Apostel am Pranger“ in: taz vom 22.3.2005, S. 6.

<sup>33</sup> Vgl. „Statement zu den Vorwürfen gegen Däke“ - Pressemitteilung des Bundes der Steuerzahler in Sachsen vom 23.5.2005 auf der Webseite [http://www.steuerzahler-sachsen.de/verein/cms/home\\_verein\\_test.php?user\\_ID=16&ID=95](http://www.steuerzahler-sachsen.de/verein/cms/home_verein_test.php?user_ID=16&ID=95)

<sup>34</sup> Vgl. „Däke unter Beschuss“ in: SZ vom 21.3.2005, S. 6.  
<sup>35</sup> Ebd.

<sup>36</sup> Vgl. „Kontrolleure außer Kontrolle“ in: Tagesspiegel vom 13.12.2005, S. 10.

<sup>37</sup> Vgl. „Steuersparer angezählt“ in: taz vom 17.2.2005, S. 19.

### Verschwörung und Machtkampf in Berlin

Im gleichen Zeitraum, Anfang 2005, warfen Berliner Vereinsmitglieder Brinker und seinem langjährigen Geschäftspartner, dem Bund der Steuerzahler-Verwaltungsratsmitglied und Geschäftsführer einer Immobilienverwaltungsfirma, Kurt Fischer-Weiherig, Veruntreuung von Vereinsvermögen vor und brachten dies zur Anzeige. Die Dementis des Vereins – zu den Vorwürfen aus dem Verein – kamen auch in diesem Fall vom Vorsitzenden selbst. Dieser sah in der Aktion eine Verschwörung von Staatsanwaltschaft und Politik, um den Verein „mundtot“ zu machen (vgl. „Durchsuchung beim Bund der Steuerzahler“ in: SZ vom 16.2.2005, Bayern/München S. 6).

Ebenfalls nicht halten ließ sich der aus dem Verein kommende Vorwurf, dass im Herbst 2004 die Wahlen des Berliner Verwaltungsrats unzulässig beeinflusst worden seien. Angeblich hätte Brinker einerseits den Beitritt ihm unbekannter Neumitglieder verhindert und andererseits versucht, Personen, die von der Vereinsführung abhängig seien, als Stimmvieh zu holen, um für entsprechende Mehrheitsverhältnisse zu sorgen. Im Bezug auf die Kritik an seiner Vereinspolitik legte Brinker den Mitgliedern nahe, wer mit seiner Amtsführung unzufrieden sei, könne ja aus dem Verein austreten (vgl. „Kontrolleure außer Kontrolle“ in: Tagespiegel vom 13.12.2005, S. 10).

### Imageschaden bei den Moralaposteln

Auch wenn sich die oben angeführten – aus den eigenen Reihen des Bundes der Steuerzahler erhobenen – Anschuldigungen nicht strafrechtlich untermauern ließen, so bleiben doch Zweifel an der Glaubwürdigkeit

des Vereins. Die Maßstäbe, die der Bund der Steuerzahler bei der Politik anlegt, sind sehr hoch. Kontinuierlich attackiert der Verein das Steuer- und Ausgabegebären des Staates sowie die Mehrfachverdienste in der Politik. **Aber können Doppelverdienende in der Politik überzeugend an den Pranger gestellt werden, wenn das Doppelverdienen im eigenen Hause als normal gilt?**

Ein Verein, der sich selbst hochmütig als das „Finanzgewissen der Nation“ bezeichnet, sollte die Maßstäbe, die bei anderen angelegt werden, auch bei sich selbst anwenden, um glaubhaft zu sein. Peter von Blomberg von Transparency International jedenfalls ist der Meinung, der Bund der Steuerzahler sei nach Offenlegung von Däkes Gehalt „nicht mehr über jeden Zweifel erhaben“.<sup>38</sup>

Das saubere Image des Steuerzahlerbundes hat 2005 dem Anschein nach gelitten. Gemäß vereinseigenen Zahlen lag die Mitgliederzahl im August 2003 noch bei 430.000, im Laufe des Jahres 2005 sank die Zahl der Mitglieder auf das derzeitige Niveau von 350.000.<sup>39</sup>

### Fehlentwicklung der Demokratie

Vielleicht hängen die internen Streiterei und Machtkämpfe mit dem eingangs erwähnten einseitigen Willensbildungsprozess der kleinen Führungsspitze zusammen. Die eingangs des Kapitels thematisierte Problematik der Willensbildung innerhalb des gesamten Vereins wird an einem jüngeren Beispiel deutlich:

Der 17.000 Mitglieder zählende Landesverband Rheinland-Pfalz bezeichnet seine Mitgliederversammlung 2007 mit „über 100 Teilnehmern“ – das heißt, 0,6 Prozent der Mitglieder der regionalen Sektion – als „außer-

<sup>38</sup> Vgl. „Ein sehr hauptamtliches Einkommen“ in: taz vom 26.5.2005, S. 6.

<sup>39</sup> Vgl. die Webseiten des LV Bayern (Wert für 08/2003), des LV Rheinland-Pfalz (Wert für 09/2005) und Baden-Württemberg (Wert für 11/2005).

ordentlich gut besucht“.<sup>40</sup> Diese Sitzung genehmigte den Geschäfts- und den Finanzbericht 2006, entlastete den Verwaltungsrat (10 Mitglieder) sowie den Vorstand und beschloss die neue Beitragshöhe.

Eine kleine Zahl Funktionärinnen und Funktionäre verfolgt die maßgeblichen Interessen einer großen Gruppe Mitglieder. Höchst bedenklich ist dabei, dass dieser kleine Verein so auftritt, als würde er nicht die Interessen eines halben Prozents, sondern von 37 Millionen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern vertreten.

#### **Fehlende Legitimation bedroht Demokratie**

Die „gefährliche Fehlentwicklung der Demokratie“, so Professor Manfred Güllner vom Sozialforschungsinstitut Forsa, liegt auf der Hand: „Denn Politiker binden solche Organisationen in wichtige Entscheidungen ein, weil sie denken, dass große gesellschaftliche Gruppen hinter ihnen stehen. Das aber ist meist gar nicht der Fall. **Ihnen fehlt schlicht die Legitimation, im Auftrag ihrer vermeintlichen Klienten zu handeln**“ (vgl. „Blenden für Spenden“ in: impulse vom 1.5.2005, S. 30).

## **4. „Wer Steuern zahlt, will Sparsamkeit“? – Positionen**

***„Das Ziel des Bundes der Steuerzahler ist die Durchsetzung von Steuer- und Abgabensenkungen.“ Da aus den Steuermitteln und Abgaben der Staatshaushalt finanziert wird, gehören alle Formen der Zurückdrängung des Staates, insbesondere des Sozialstaates, zu den Kernforderungen des Vereins.***

Das Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler versucht dabei – ähnlich den großen internationalen Anwaltskanzleien und Unternehmensberatungen, die Gesetzesvorlagen für den Deutschen Bundestag erarbeiten, oder der Bertelsmann-Stiftung, die sich dem Staat als „Problemlöserin“ anbietet – „wissenschaftliche Erkenntnisse für die politische Praxis nutzbar zu machen“.<sup>41</sup> Mit den Empfehlungen seines Instituts zu Abgaben- und Steuersenkungen, zur Vereinfachung der Steuergesetzgebung durch Bürokratieabbau und zur Eindämmung von Verschwendung und Korruption mit Steuergeldern versucht der Bund der Steuerzahler, „erkennbaren Einfluss auf Öffentlichkeit und Politik“ zu nehmen. So hat der Verein nach seinem eigenen Sprachgebrauch „den Abgeordneten immer von neuem eingehämmert“, dass „Ausgabensenkung die beste Steuerreform“<sup>42</sup> sei.

Die Publikationen des Instituts werden – ob sie die Privatisierung, die gesetzliche Begrenzung der Staatstätigkeit, den Abbau von Subventionen, die Senkung von Politikkosten, die Verschuldung der öffentlichen Haushalte und das Kreditverbot oder andere Aspekte betref-

<sup>40</sup> Vgl. die Mitteilung vom 24.5.2007 auf der Webseite des LV Rheinland-Pfalz zur Mitgliederversammlung 2007.

<sup>41</sup> „Kurzportrait“ Webseite des Karl-Bräuer-Instituts.

<sup>42</sup> Bund der Steuerzahler 1999, S. 30.

fen – als wissenschaftliche Belege dafür herangezogen, dass die Ausgaben des Staates zu hoch und in einigen Bereichen am Rande oder jenseits der verfassungsmäßigen Berechtigung seien. Da sich die **Ursache (Ausgabenhöhe)** und die **Lösung (Ausgabenbegrenzung)** des **Problems (zu hohe Steuer- und Abgabenlast)** aus der Sicht des Bundes der Steuerzahler klar umreißen lassen, gibt es auffällige Parallelen bei seiner Argumentation für die Positionen in den verschiedenen Bereichen: Bestimmte Steuern sind grundsätzlich veraltet, „Abzockerei“, „zu bürokratisch“, „zu kostenintensiv“ oder erfüllen ihren Zweck nicht (Erbchaftssteuer, Solidaritätszuschlag, Öko-Steuer, Umweltabgaben, Vermögens- oder Kapitalwertsteuern usw.) und in gewissen Bereichen überschreitet der Staat seine Aufgabenkompetenzen. Dabei ist es aus Sicht des Bundes der Steuerzahler vollkommen egal, ob es um wichtige Politikfelder (z.B. Bildung, Ökologie, Arbeit) geht – den Verein interessiert nur die Senkung der Ausgabenhöhe.

Auffallend ist, dass in der Öffentlichkeit nahezu ausschließlich alle Positionen vom Chef persönlich vertreten werden. Das bezieht sich nicht alleine auf die Kommentare, Anschuldigungen und Bewertungen von Karl Heinz Däke auf der Vereins-Webseite, sondern auch auf seine öffentlichen Auftritte, etwa den so genannten „Steuerzahlergedenktag“ oder die Vorstellung der Broschüre „Die öffentliche Verschwendung – Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler“.

Entsprechend den Vereinshierarchien findet sich dieses Prinzip auch beim Karl-Bräuer-Institut. So wurden von den 15 letzten „Schriften“ allein sechs von dem wissenschaftlichen Leiter Lothar Schlemmel und vier von Volker Stern, dem Geschäftsführer der Steuerzahler Service GmbH, veröffentlicht.

## 4.1 Kernforderung 1: Entlastungen in der Steuerpolitik

Die steuerpolitischen Überlegungen des Bundes der Steuerzahler drehen sich um Maßnahmen, wie durch den Abbau der Staatsausgaben „überschüssige“ Einnahmen an die „Steuerzahler zurückgegeben werden“ können. Karl-Heinz Däke fordert beharrlich, dass nach „der jüngsten Steuererhöhungsorgie“<sup>43</sup> die Steuer- und Beitragszahler entlastet werden müssten. Dabei arbeitet er systematisch die Agenda ab. „Nachdem bei der Körperschaftsteuer eine Entlastung erreicht werden konnte, sind nun die Einkommensteuerzahler dran“,<sup>44</sup> so Däke im August 2007 anlässlich der Kabinettsklausur auf Schloss Meseberg. Neben umfangreichen Steuerreformen mahnt der Verein bei der Bundesregierung an, „angesichts der sprudelnden Steuerquellen darüber hinaus den Abbau der Neuverschuldung ambitionierter“ voranzutreiben, „anstatt über neue Ausgabenprogramme nachzudenken“.<sup>45</sup> An der Spitze des aktuellen Forderungskatalogs steht die Abschaffung des Solidaritätszuschlags.

### Sofortige Abschaffung des Solidaritätszuschlags

Bei seiner Forderung nach der sofortigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags argumentiert der Bund der Steuerzahler vor allem mit der Zeit. Durch die Dauer der Erhebung von bislang 12 Jahren könne 2007 nicht mehr von einer Befristung die Rede sein – eben dies fordere aber Artikel 106 des Grundgesetzes von einem Solidaritätszuschlag, der als Ergänzungsabgabe zum Ausgleich von Bedarfsspitzen des Bundes erhoben worden sei. In den 1990er Jahren zur „Finanzierung der Vollendung der Einheit Deutschlands“ noch berechtigt, habe sich

<sup>43</sup> Bund der Steuerzahler Hessen 2007.

<sup>44</sup> Der Sozialticker e.V., 2007.

<sup>45</sup> Bund der Steuerzahler 2007/I.

der Solidaritätszuschlag inzwischen zu einer eigenen Steuer neben der Einkommen- und Körperschaftsteuer entwickelt.

Nachdem die stark gestiegenen Steuereinnahmen die Steuerzahler massiv mehr belasten, müsse nun, so die Forderung des Vereins, mit der Abschaffung des Solidaritätszuschlags für Entlastung gesorgt werden. Der Bund der Steuerzahler erwartet zudem von der Abschaffung des Solidaritätszuschlags konjunkturelle Effekte für das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung.<sup>46</sup>

### Abschaffung der Erbschaftsteuer

Erbschaftsteuer wird aufgrund der erhöhten steuerlichen Leistungsfähigkeit von Erbinnen und Erben erhoben und verfolgt als Zielsetzung eine Umverteilungsfunktion von Vermögen, die durch Vererbung angehäuft werden. Der Bund der Steuerzahler hält die Erhebung für zu aufwändig und daher nutzlos. „Das Beste wäre, diese komplizierte und verwaltungsaufwendige Steuer endlich abzuschaffen“,<sup>47</sup> so Steuerzahler- Vereinspräsident Däke. „Sollte sich dieser Vorschlag jetzt politisch nicht durchsetzen lassen, darf zumindest kein Mehraufkommen erzielt werden“.<sup>48</sup> Entsprechend unzufrieden war der Bund der Steuerzahler mit der Einigung auf die Grundzüge einer Erbschaftsteuerreform im November 2007. Denn die ausgehandelten Freibeträge würden ebenso wie der angestrebte Steuertarif nicht zur Aufkommensneutralität führen. Den Verein kann dem Umstand nichts abgewinnen, dass für einige Erben die Freibeträge erheblich steigen.

Auch für die immer massiv angeführte und stets geforderte Verringerung des Verwaltungsaufwandes, von derzeit rund 220.000 auf zukünftig 120.000 bis 140.000 Fälle, hat der Bund der Steuerzahler keinen positiven Kommentar übrig. Stattdessen reicht den Lobbyisten die

nur 85-prozentige Freistellung von Betriebsvermögen – insbesondere in Verbindung mit der Koppelung an eine 10-jährige Fortführungsklausel und eine 15-jährige Behaltensfrist – nicht aus. Gänzlich fernab jeglicher Realität sei diese Regelung, komplizierter und unsystematischer.

Das Fazit verwundert allerdings: „Offensichtlich können die Steuerzahler der Politik nicht mehr allzu viel Glauben schenken“,<sup>49</sup> beklagt der Verein, der seit Jahrzehnten predigt, dass die öffentliche Hand korrupt, verschwenderisch, inkompetent und habgierig sei.

### Rücknahme der Kürzung der Pendlerpauschale

Vereinspräsident Däke fordert, dass die ursprüngliche Regelung der Entfernungspauschale wieder in Kraft gesetzt werden muss. Gleichsam wie Professor Dr. Joachim Wieland in seinem Gutachten für die Hans-Böckler-Stiftung<sup>50</sup> aus dem Oktober 2006 und der Bundesfinanzhof in seinem Urteil vom 23. August 2007 hält der Verein die Verwaltungsanweisung des Bundesfinanzministeriums an die Finanzämter für verfassungswidrig.

Während der Koalitionsausschuss im November 2007 noch um Änderungen bei der Pendlerpauschale, etwa die Rückkehr zur alten Regelung stritt, versäumte Däke nicht, die Große Koalition davor zu warnen, die mit der Rücknahme entstehenden Steuermindereinnahmen an anderer Stelle auszugleichen:

„Die Steuereinnahmen sprudeln so stark, dass die Rückkehr zur alten Regelung die notwendige Haushaltskonsolidierung nicht beeinträchtigen würde. Vielmehr erlaubt das hohe Steueraufkommen, die Steuerzahler endlich zu entlasten!“<sup>51</sup>

Nachdem die Große Koalition sich dann entschlossen

<sup>46</sup> Vgl. Bund der Steuerzahler 2007/II.

<sup>47</sup> Bund der Steuerzahler 2007/III.

<sup>48</sup> Ebd.

<sup>49</sup> Bund der Steuerzahler 2007/III.

<sup>50</sup> Vgl. Wieland 2006.

<sup>51</sup> Bund der Steuerzahler 2007/IV.



hatte, vor einem eigenen Beschluss zunächst die für 2008 geplante Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abzuwarten, folgte vom Bund der Steuerzahler der Vorwurf, die Bundesregierung drücke sich vor einer klärenden Entscheidung. Hätte die Große Koalition jedoch die Änderung zurückgenommen und das Bundesverfassungsgericht wiederum in der Folge die Entscheidung der Regierung korrigiert, wäre das dann vorschnell und unausgereift gewesen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob der Verlauf „ein Armutszeugnis der Bundesregierung“<sup>52</sup> ist oder ob der Steuerzahlerbund selbiges verdient.

### **Reform der Einkommenssteuer zur Entlastung des Mittelstands**

Vereinspräsident Däke, sieht in den Personengesellschaften und Einzelunternehmen, also ca. 80 Prozent aller deutschen Unternehmen, die Verlierer der Unternehmenssteuerreform. Nachdem die Reform bei Kapitalgesellschaften zu Steuerentlastungen führe, müsse nun eine Tarifabsenkung bei der Einkommenssteuer die entstandene „Schieflage“ beseitigen.<sup>53</sup>

Aus der Sicht des Bundes der Steuerzahler wird im Bereich der Steuerpolitik damit argumentiert, dass einerseits das Steuerrecht zu kompliziert sei, andererseits die Belastung für die Bürgerinnen und Bürger zu hoch. Durch die Abschaffung der meisten Steuern ließe sich diese Problematik fast gänzlich ausräumen.

## **4.2 Kernforderung 2: Verringerung der Staatsausgaben**

Gegenüber den ursprünglichen Haushaltsplanungen 2007 müssen im laufenden Bundeshaushalt 5,2 Milliarden Euro weniger Schulden aufgenommen werden. Der

<sup>52</sup> Bund der Steuerzahler 2007/V.

<sup>53</sup> Vgl. Bund der Steuerzahler 2007/VI.

Bund der Steuerzahler sieht die Ursachen für die Verringerung des Verschuldungstempos in der guten Konjunktur und den „Leistungen der Steuerzahler“. Die Regierung habe nur einen geringen Anteil, vor allem die „massiven Steuermehreinnahmen“ hätten die Haushaltssituation verbessert.<sup>54</sup>

Nach Ansicht von Steuerzahler-Vereinspräsident Däke hat der Staat „kein Einnahme-, sondern ein Ausgabe- problem“.<sup>55</sup> Das zeige sich an den geplanten Ausgabesteigerungen von 13 Milliarden Euro im Jahr 2008. Der Bund der Steuerzahler fordert, dass „der Bundeshaushalt deutlich vor dem Jahr 2011 ausgeglichen sein“ solle, um zu verhindern, dass „der Bund in Zeiten eines konjunkturellen Abschwungs wieder in die Schuldenfalle tapse“.<sup>56</sup> Der Staat solle weniger Geld ausgeben und weitere Einsparungen im Haushalt vornehmen

### **Ablehnung eines Sondervermögens zur Kita-Finanzierung**

Der Bund der Steuerzahler vertritt die Position, die Länder könnten die Finanzierung von Kindertagesstätten durch Haushaltsumschichtungen leisten. Dabei sollten die Länder den Ausbau der Kinderbetreuung „gemäß der lokalen Notwendigkeiten“<sup>57</sup> finanzieren.

Da die Mischfinanzierung gegen die in der Föderalismuskommission I beschlossene Arbeitsteilung<sup>58</sup> verstoße, solle sich der Bund im Sinne des Subsidiaritätsprinzips<sup>59</sup> aus diesem Politikfeld heraushalten. So begründet der Verein, dass er die vom Bundesfinanzministerium angekündigte Schaffung eines Sondervermögens zur Kita-Finanzierung ablehnt

Der Bund der Steuerzahler positioniert sich hier nicht

<sup>54</sup> Vgl. Bund der Steuerzahler 2007/VII.

<sup>55</sup> Ebd.

<sup>56</sup> Ebd.

<sup>57</sup> Bund der Steuerzahler 2007/VIII.

<sup>58</sup> Das Prinzip des Föderalismus ermöglicht den Gliedern einer Organisation eine gewisse Eigenständigkeit.

<sup>59</sup> Subsidiarität: Politische Maxime der Verlagerung von Entscheidungen auf die niedrigst mögliche Ebene.

gegen die Kita-Finanzierung, er fordert nur, dass diese über Umschichtungen bei den Länderausgaben geschehen müsse. Finanzschwache Länder sollen, wenn sie Kindertagesstätten finanzieren, einfach anderswo sparen. Die „lokale Notwendigkeit“ ist zudem als eine betriebswirtschaftlich orientierte Kosten-Nutzen-Bilanz zu verstehen. Ob sich eine Kommune also letztlich eine (zusätzliche) Kindertagesstätte leisten kann, hängt damit von ihrem Reichtum und ihrer Haushaltslage ab. Bei Verstößen gegen die Sparsamkeitstugenden und geforderten Haushaltsumschichtungen wird der Verein in einem der künftigen Schwarzbücher schreiben, dass es Eltern (falls sie ein Auto besitzen) zuzumuten sei, in die Nachbargemeinde zu fahren, bzw. auch zu laufen, um ihre Kinder wegzubringen und abzuholen. Auf diese Art argumentiert der Bund der Steuerzahler bereits im Schulsektor – „auch die Bildung gehört auf den Prüfstand“.

Besonders stört Däke, dass der Bund nach der Auflösung des ERP-Sondervermögens<sup>60</sup> einen neuen Nebenhaushalt schüfe. Dadurch ginge die gerade hergestellte höhere Transparenz in der Haushaltspolitik verloren, es entstünde „mehr Kompetenz- und Finanzwirrwarr zwischen Bund und Ländern“.<sup>61</sup>

### **Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung**

In den ersten sechs Monaten des Jahres 2007 hat die Bundesagentur für Arbeit einen Einnahmeüberschuss in Höhe von 1,34 Milliarden Euro erzielt. Zum Beginn des dritten Quartals 2007 rechnete die Bundesagentur für Arbeit den erwarteten Haushaltsüberschuss bis zum Jahresende auf 2,5 bis 3,0 Milliarden Euro hoch.<sup>62</sup> Das

<sup>60</sup> Anm.: Beim ERP-Sondervermögen handelt es sich um das ursprünglich auf der Grundlage des Marshall-Plans bereitgestellte, vom Bund verwaltete Vermögen aus dem European Recovery Program zum Wiederaufbau der Wirtschaft nach dem Faschismus.

<sup>61</sup> Bund der Steuerzahler 2007/VIII.

<sup>62</sup> Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2007).

bis 2011 prognostizierte Plus von insgesamt 26 Milliarden Euro wird durch die geplante Senkung des Arbeitslosenbeitrags auf 3,5 Prozent um etwa 14 Milliarden Euro geschmälert.<sup>63</sup> Kritisch an allen Berechnungen ist, dass mit Geldern kalkuliert wird, die noch nicht in der Kasse der Bundesagentur für Arbeit sind.

Der Bund der Steuerzahler fordert im Rahmen der aktuellen Diskussion um die Verwendung der Mehreinnahmen, dass die gesamten Haushaltsüberschüsse der Bundesagentur für Arbeit für die Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitragssatzes von 4,2 Prozent auf unter drei Prozent verwendet werden. So fordert der Verein vom Gesetzgeber zur Entlastung der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler, den Bundeszuschuss der Bundesagentur für Arbeit am Umfang der „versicherungsfremden Leistungen“ zu bemessen, den Aussteuerungsbetrag abzuschaffen, die „versicherungsfremden Leistungen“ abzubauen, keine neuen versicherungsfremden Leistungen einzuführen und die Überschüsse der Bundesagentur an die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler zurückzugeben. Mit diesen Maßnahmen, so die Betrachtung des vereinseigenen Karl-Bräuer-Instituts, würde die Arbeitslosenversicherung sachgerecht finanziert werden.<sup>64</sup>

Nach der Auffassung des Vereins darf die Bundesagentur für Arbeit an Ausgaben des Bundes nicht beteiligt werden. Dies geschehe aber durch die Finanzierung von „versicherungsfremden Leistungen“ wie den Eingliederungshilfen für Langzeitarbeitslose, Eingliederungszuschüssen für Niedrigverdiener, der Förderung der Berufsausbildung oder der Anrechnung von Kindererziehungszeiten. Als gesamtgesellschaftliche Aufgaben dürften diese Leistungen nicht durch die zweckgebundenen Beitragsmittel der Arbeitslosenversicherung, sondern müssten strikt getrennt als Aufgaben des Bundes aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert wer-

<sup>63</sup> Vgl. Handelsblatt Online vom 24.10.2007: „Bundesagentur bangt um Haushaltsüberschüsse“.

<sup>64</sup> Vgl. Bund der Steuerzahler 2007/IX.



den. Gleichzeitig aber darf nach der Vorstellung des Bundes der Steuerzahler der Bundeszuschuss zur Arbeitslosenversicherung „entgegen irrtümlicher Meinungen“ nicht reduziert werden, auch wenn der Aussteuerungsbetrag erlassen oder abgeschafft wird. Denn der Überschuss der Bundesagentur entstünde nicht aufgrund zu hoher Steuerzuschüsse des Bundes, sondern aufgrund zu hoher Beitragszahlungen der Versicherten. Somit müsse die Bundesagentur frühere Steuerzuschüsse des Bundes auch nicht zurückzahlen – diese Gelder würden dann ja auch wieder den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern entgehen.<sup>65</sup>

Die Diskussion um die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I und die Einführung des Eingliederungsbeitrags stößt dem Verein übel auf, ist in ihr doch finanzwirtschaftlich nichts anderes als ein neues „Ausgabenprogramm“ zu sehen. So hat der Verein errechnet, dass beide Maßnahmen die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler „mit etwa 7,5 Mrd. Euro oder mit fast einem Beitragssatzpunkt belasten!“<sup>66</sup>

Der Bund der Steuerzahler sieht eine Ausbeutung der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler darin, wenn Eingliederungsleistungen für Langzeitarbeitslose auch aus der Arbeitslosenversicherung finanziert würden. Das Wohl der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und deren Freiheit im Blick, resümiert Karl Heinz Däke: „Die geplanten Mehrausgaben unterstreichen das vorhandene hohe Potenzial, um die Beiträge zu senken. Ohne neue Ausgabenprogramme könnte der Beitragssatz kurzfristig auf ein Niveau von unter 3 Prozent sinken“.<sup>67</sup>

Hier wird deutlich, dass es dem Bund der Steuerzahler mit seinen Forderungen im Grunde um nichts anderes als eine Entsolidarisierung des Sozialsystems geht. Jedoch selbst dann, wenn ein solidarisches Prinzip nicht im Zentrum der Handlungsnormen steht: **Die Arbeitslosen von heute sind die Beitragszahlerinnen und**

**Beitragszahler von gestern – die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler von heute sind unter Umständen die Arbeitslosen von morgen.**

## **Kritik an der Verwendung der Mittel aus dem Solidarpakt II**

Der Solidarpakt II gilt seit dem 1. Januar 2005. Bis zum Jahr 2019 stellt die Bundesregierung insgesamt 156 Milliarden Euro im Solidarpakt II bereit. Die Leistungen aus dem Solidarpakt II teilen sich auf zwei „Körbe“ auf. „Korb 1“ umfasst 105 Milliarden Euro. Diese Mittel dienen dem Aufbau der Infrastruktur und dem Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft. Die Gelder sind zweckgebunden.<sup>68</sup> Über die Verwendung berichten die Länder dem Finanzplanungsrat jährlich in Fortschrittsberichten.

„Korb 2“ umfasst weitere 51,8 Milliarden Euro für Gemeinschaftsaufgaben. Hierbei handelt es sich um wachstums- und beschäftigungsfördernde Projekte. Da die Länder „am besten regionale und strukturelle Entwicklungsschwerpunkte einschätzen und den Mitteleinsatz entsprechend steuern“<sup>69</sup> können, tragen sie die Verantwortung für die Verwendung der Gelder. In die von den Ländern ausgewählten Projekte fließen auch die Mittel aus dem Strukturfonds der Europäischen Union und die Investitionszulage ein.<sup>70</sup>

Vereinspräsident Däke kritisiert die Höhe der Solidarpaktmittel von über 51 Milliarden Euro in „Korb 2“ und fehlende Sanktionen gegen die „die in der Vergangenheit immer wieder festgestellten Fehlverwendungen der Mittel“.<sup>71</sup> Er warnt die Ministerpräsidenten, „sich nicht weiter auf hohe Zahlungen des Bundes zu verlassen. Es sei an der Zeit zu realisieren, dass die Bundesmittel spätestens ab 2019 nicht mehr fließen werden“.<sup>72</sup>

<sup>65</sup> Vgl. Bund der Steuerzahler 2007/X.

<sup>66</sup> Ebd.

<sup>67</sup> Ebd.

<sup>68</sup> Vgl. Bundesregierung 2006.

<sup>69</sup> Ebd.

<sup>70</sup> Vgl. Bundesregierung 2006/I.

<sup>71</sup> Bund der Steuerzahler 2006.

<sup>72</sup> Ebd.

Zugleich wirft Däke der Bundesregierung vor, nicht durchgesetzt zu haben, dass die Strukturfondsmittel der Europäischen Union auf die Bundeszahlungen angerechnet werden.

Der Bund der Steuerzahler argumentiert gegen die geschaffene Planungssicherheit für den Aufbau Ost. Geht es um Möglichkeiten, die Steuerbelastung zu senken, hat der Verein stets eine Pauschalkritik an wachstums- und beschäftigungsfördernden Maßnahmen zur Hand. Insbesondere die Einwände an der Verwendung von „Korb 2“, der für einen erhöhten Handlungsspielraum der Länder und für die gezielte Verwendung der Mittel geschaffen wurde, laufen aber eigentlich einer Grundforderung des Vereins zuwider, der Forderung nach Bürokratie-Abbau.

### **Übermäßige Forderungen bei den Tarifverhandlungen 2005 im öffentlichen Dienst**

Vereinspräsident Däke appellierte 2005 vor den anstehenden Tarifverhandlungen an die „gesamtstaatliche Verantwortung“ der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, den „Staatsbankrott“ nicht „durch übermäßige Forderungen“ voranzutreiben: „In Zeiten, in denen die Staatsverschuldung in immer neue Rekordhöhen vorstößt und reihenweise verfassungswidrige Haushalte vorgelegt werden, sollte auch die Gewerkschaft ... auf den Boden der Tatsachen zurückkehren“.<sup>73</sup>

Nach Abschluss der Verhandlungen zwischen ver.di und den öffentlichen Arbeitgebern von Bund und Gemeinden kommentierte Däke, hinter dem „flexiblen, transparenten und leistungsorientierten Tarifrecht“ verbergen sich Mehrausgaben, die für alle künftigen Haushalte eine erhebliche Belastung darstellen. Er sprach sich dafür aus, dass die Bundesländer den Tarifabschluss nicht übernehmen und forderte eine Nullrunde: „Den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mit ihren sicheren Ar-

beitsplätzen und anderen Privilegien im Vergleich zur Privatwirtschaft sollte das überfällige Aufbrechen des verkrusteten Bundesangestelltentarifs leicht fallen. Unverzichtbar ist dabei auch eine Erhöhung der Wochenarbeitszeit“.<sup>74</sup> Besonders unter Beschuss nahm Däke die vereinbarten jährlichen Einmalzahlungen, die Ost-West-Angleichung und die „angebliche Bezahlung nach Leistung“ über die Gewährung von Zulagen.<sup>75</sup>

Der Verein verlangt hier die Einmischung des Staats, hier als Sozialpartner, in die Tarifautonomie. Darüber hinaus versucht der Bund der Steuerzahler, mit seinen Forderungen seiner Zielgruppe zuzuarbeiten.

### **Änderung des Berlin-Bonn-Gesetzes**

Vereinspräsident Däke drängt darauf, dass Berlin alleiniger Regierungssitz wird: „Der geteilte Regierungssitz ist zu teuer und die Arbeit in den Ministerien ist mit viel zu hohen Reibungsverlusten verbunden. Der Komplettumzug ist längst überfällig.“ Aus der Sicht des Bundes der Steuerzahler sind die Kosten für Pendelflüge, ungenutzte Arbeitszeit, Post- und Datenverkehr sowie übermäßigen Bürobedarf nicht länger zumutbar. Neben dem Umstand, dass Berlin ausreichend Flächen und Gebäude in Bundes- und Landesbesitz vorhalte, macht Däke das Argument geltend, dass „die Umzugskosten nur einmal entstehen, die Kosten der Trennung aber bis in alle Ewigkeit anfallen würden“.<sup>76</sup>

### **Abbau von Subventionen**

Ein weiterer Beitrag zur Verringerung der Staatsausgaben soll nach den Vorstellungen des Bundes der Steuerzahler der Abbau von Subventionen sein. Als Beispiele der Kosten, die „die Steuerzahler erarbeiten müssen“, werden der Steinkohlebergbau mit insgesamt rund 2,4 Milliarden Euro, die Bundesmonopolverwaltung für

<sup>73</sup> Bund der Steuerzahler 2005.

<sup>74</sup> Ebd.

<sup>75</sup> Vgl. ebd.

<sup>76</sup> Vgl. Bund der Steuerzahler 2007/XI.

Branntwein mit 80 Millionen Euro, die Beteiligung des Bundes an Auslands-Messen und Ausstellungen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft mit 36 Millionen Euro, der Absatz von zivilen Flugzeugen mit 40 Millionen Euro und die Förderung von Sportbeziehungen mit 2,8 Millionen Euro genannt.<sup>77</sup> Doch auch „die ‚entwicklungswichtigen‘ Vorhaben der politischen Stiftungen“, die Zuschüsse an die politischen Stiftungen zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit und der Reservistenverband der „Deutschen Bundeswehr“ stehen im Fadenkreuz der selbsternannten Steuerwächter.

**Die Position des Bundes der Steuerzahler ist die Folgende: Sollte es förderungswürdige Ausnahmen für Subventionen im kulturellen, ökologischen oder gesellschaftlichen Bereich geben, müssen im Haushalt an anderer Stelle im gleichen Umfang die Mittel gekürzt werden.**

Der erste Schritt der Reformierung der Subventions- und Zuwendungsgewährung sei eine lineare Kürzung um 10 bis 20 Prozent, „da gibt es die geringsten Verteilungskämpfe“.<sup>78</sup> Das Ausmaß der Subventionen illustriert der Verein mit einer Studie des angebotsorientierten Kieler Instituts für Weltwirtschaft aus dem Januar 2006, gemäß der „bei einer weiten Abgrenzung des Subventionsbegriffs“ das Gesamtvolumen 35 Prozent des Steueraufkommens betrifft, d.h. für 2004 ca. 153 Milliarden Euro.<sup>79</sup> Diese Summe entspricht nach den Vorstellungen des Steuerzahlerbundes den möglichen Entlastungen der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler im Bereich der Subventionen.

### 4.3 Kernforderung 3: Der Staatsverschuldung einen Riegel vorschieben

Der Bund der Steuerzahler sieht die Ursache der Staatsverschuldung in der Verantwortungslosigkeit der gewählten Politikerinnen und Politiker. Denn sie entschieden sich häufig, wenn „die Einnahmen, vor allem die Steuern, nicht ausreichen, die Ausgaben zu decken, ... dafür, Schulden zu machen“.<sup>80</sup> Als Motiv benennt der Verein die Wahlgeschenke, die unsere Volksvertreterinnen und Volksvertreter dem Wahlvolk machen, um wiedergewählt zu werden.

Der Bund der Steuerzahler analysiert die Vorstellungen der Steuerbürgerinnen und Steuerbürger wie folgt: „Die Bürger haben viele Wünsche, deren Erfüllung sie sich vom Staat erhoffen. Dabei vergessen sie jedoch leicht, dass die Erfüllung der Wünsche dazu führt, dass der Staat zuviel Geld ausgibt“.<sup>81</sup> Den unvernünftigen Menschen droht Gefahr. Denn „die Schulden von heute sind die Steuern von morgen, denn die Schulden, die der Staat heute macht, müssen wir oder uns nachfolgende Generationen später in Form von Steuern zurückzahlen“.<sup>82</sup>

Neben der Hemmungslosigkeit der Politik macht der Bund der Steuerzahler als zweite Ursache des Übels Staatsverschuldung das bestehende System im Länderfinanzausgleich aus, bei dem „die Kosten und die Verantwortlichkeiten verschleiert“ würden. Nach Vorstellung des Vereins müssen „die gezahlten Steuern und Abgaben auf einer Kommunal- oder Landesebene in Projekte und Investitionen fließen, die dieser Ebene auch zugute kommen“.<sup>83</sup> Der Länderfinanzausgleich verwische den „Zusammenhang zwischen Leistung und Gegenleis-

<sup>77</sup> Vgl. Bund der Steuerzahler 2007/XII.

<sup>78</sup> Ebd.

<sup>79</sup> Vgl. Boss/Rosenschon 2006: Subventionen in Deutschland: Eine Bestandsaufnahme.

<sup>80</sup> Bund der Steuerzahler 2007/XII.

<sup>81</sup> Ebd.

<sup>82</sup> Ebd.

<sup>83</sup> Ebd.

„Das trage „ein großes Stück zum viel beschworenen Steuerunmut bei“.<sup>84</sup>

Der Bund der Steuerzahler hat der Föderalismuskommission II, d.h. allen Ministerpräsidenten, Anfang Oktober 2007 einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Artikels 115 des Grundgesetzes vorgelegt, der zugleich auf die Länderverfassungen übertragen werden sollte. Darin fordert der Verein, dass die Kreditfinanzierung öffentlicher Haushalte prinzipiell verboten werden müsse. Ausnahmen sollten nur „allgemeine Katastrophen“, z.B. Krieg, bilden oder Lagen, in denen begrenzt konjunkturell bedingte Mehrausgaben oder Mindereinnahmen des Staates ausgeglichen werden müssten.

Anlässlich der Beratungen über den Nachtragshaushalt 2007 forderte der Bund der Steuerzahler Mitte Oktober von der Großen Koalition, dass der geplante Verkauf von Bundesvermögen nicht verschoben werden dürfe. Mit den Erlösen sollten nach den Vorstellungen des Vereins ausschließlich Schulden getilgt werden.<sup>85</sup>

Als beim Staat verbleibende Aufgaben sieht der Bund der Steuerzahler einige wichtige Bereiche, „z. B. die Wahrung der äußeren und inneren Sicherheit, Bildung, ein gewisses Maß an sozialem Ausgleich und den Schutz natürlicher Lebensgrundlagen“<sup>86</sup> an. Der Verein strebt eine Verwaltungsreform an, nach der viele aktuelle öffentliche Aufgaben „bürgerfreundlich, sparsam und wirtschaftlich erledigt werden“<sup>87</sup> sollen.

Rathaus AGs oder private Altersvorsorger – z.B. die Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG – bedeuten für den Bund der Steuerzahler „mehr Eigenverantwortung der Bürger, weniger Beschäftigte im öffentlichen Dienst und mehr Chancen für private Anbieter von Leistungen, die der Staat heute erbringt“.<sup>88</sup>

<sup>84</sup> Bund der Steuerzahler 2007/XII.

<sup>85</sup> Vgl. ebd.

<sup>86</sup> Ebd.

<sup>87</sup> Ebd.

<sup>88</sup> Ebd.

## 4.4 Begrenzung der Politikfinanzierung und Haftung für die Verschwendung

Das Feindbild des Bundes der Steuerzahler sind die Staatsdienerinnen und Staatsdiener. Denn die Abgeordneten, Ministerinnen und Minister sowie die politischen Beamtinnen und Beamten sind mit „Privilegien“ ausgestattet, „die sie sich auf Kosten der Allgemeinheit genehmigen“.<sup>89</sup>

Der Verein berechnet, dass Politikerinnen und Politiker in den Bereichen der Übergangsgelder, der Altersversorgung und durch die steuerfreien Kostenpauschalen zum Teil erheblich besser gestellt sind, als der Rest der Bevölkerung. Hinzu komme die Finanzierung der Parteien über die im Parteiengesetz ausgewiesenen direkten Zuschüsse, die Steuerbegünstigung von Mitgliedsbeiträgen und Spenden, die sogenannten Parteisteuern, die Finanzierung von Fraktionen, parteinahen Stiftungen und Abgeordnetenmitarbeitern. Alles in allem betrage die Staatsfinanzierung der Parteien rund 850 Millionen Euro pro Jahr, so der Verein.<sup>90</sup> Der Bund der Steuerzahler will mit der Studie „Sparpaket für die Politik“ (2000) einen Beitrag dazu leisten, den „Finanzierungsanteil der Steuerzahler“ an der Politikfinanzierung zu senken.<sup>91</sup>

### Der Verein verschleiert seine Ziele

Die Forderungen nach unkomplizierten Steuergesetzen zur Vereinfachung der Bürokratie sind gewiss berechtigt, die Anregungen der Fachleute vom Bund der Steuerzahler hilfreich. Die Position des Vereins, dass Ver-

<sup>89</sup> Bund der Steuerzahler 2006/II.

<sup>90</sup> Vgl. ebd.

<sup>91</sup> Im Hinblick auf die Vereinsquerelen im Jahr 2005 ist der Untertitel „Mit gutem Beispiel vorangehen – Vertrauen zurückgewinnen“ auch für den Urheber der Studie, das Präsidium des Bundes der Steuerzahler, als Motto geeignet. Von vereinsinterner Seite waren u.a. Vorwürfe gegen Vereinspräsident Däke wegen seiner Mehrfachverdienste, erhoben worden. Im gleichen Jahr 2005 verlor der Verein 80.000 Mitglieder.

schwendung vermieden werden muss, steht über jedem Zweifel. Niemand will, dass Steuergelder verschwendet werden. Doch da genau ist die mediale Falle, die der Verein der Öffentlichkeit stellt.

Dem Bund der Steuerzahler geht es um etwas ganz anderes. Die Lobbyisten wollen nicht, dass die Steuergelder sparsam, sondern möglichst gar nicht ausgegeben – und im Idealfall überhaupt nicht erhoben – werden.

Schon 1997 ließ der Verein von dem Strafrechtler Professor Dr. Gerhard Wolf aus Frankfurt/Oder ein Gutachten über „Die Strafbarkeit der rechtswidrigen Verwendung öffentlicher Mittel“ anfertigen. Das Ergebnis der Expertise hat der Verein zum Anlass genommen, eine Reihe von Strafanzeigen wegen Untreue zu erstatten. Der Bund der Steuerzahler stellt in seinen Schwarzbüchern jedes Jahr die Fälle von Verschwendung vor – „Fälle“, die nach den Vorstellungen des Vereins zu strafbaren Handlungen erhoben werden sollen.

Die Staatsdienerinnen und Staatsdiener sollen dazu genötigt werden, Ausgaben zu scheuen – zumal sie später, wenn sich jemand findet, der nachweisen will und kann, dass die Verwendung der Gelder Verschwendung war, persönlich strafrechtlich dafür belangt werden können. Das führt nicht nur zu einem Klima der Angst sondern auch zu einem überbordenden bürokratischen Aufwand von Sicherungen und Gegensicherungen, bis überhaupt irgendwelche Ausgaben getätigt werden. Auch dies dürfte eigentlich nicht im Sinne des Bundes der Steuerzahler sein.

#### **Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland**

Artikel 38 (1) Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie **sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.**

**Kurz erläutert 4:** Der Bund der Steuerzahler will die fehlgeleitete Verwendung von Steuergeldern zum Straftatbestand erheben

Eben gegen derartige Angriffe auf die Souveränität der Abgeordneten schützt das Grundgesetz konsensfähig.

## **5. Wer Macht sucht, braucht die Öffentlichkeit**

***Das Programm des Bundes der Steuerzahler wird auf unterschiedlichen Kanälen in die politische und öffentliche Diskussion transportiert. Dabei gelingt es den Lobbyisten, regelmäßig die Aufmerksamkeit auf ihre Themenschwerpunkte zu lenken. Denn die Ziele des Vereins treffen den Nerv eines Großteils der Bevölkerung – Wer will nicht gerne Steuern sparen?***

Damit tritt der Bund der Steuerzahler als Interessenvertreter einer umfassenden Zielgruppe auf. Der Verein will, dass die staatlichen Funktionen stark abgebaut werden und durch vermeintlich effizienteres privates Handeln ersetzt werden sollen. Der unmittelbare Mehrwert für die Steuerbürgerinnen und Steuerbürger liegt in niedrigeren



Steuer- und Abgabelasten für das Gemeinwesen – also mehr Geld in der eigenen Tasche.

Um sein zentrales Anliegen, die „Formung der staatsbürgerlichen Meinung“<sup>92</sup> zu erreichen, muss das Präsidium, personifiziert durch Karl Heinz Däke, eine starke Präsenz zeigen und auf Medien treffen, die seine Botschaften bereitwillig verbreiten. Die Öffentlichkeitsarbeit des Vereins umfasst die laufende Unterrichtung von TV, Presse und Rundfunk in Pressemitteilungen, politische und parlamentarische Aktionen und Veranstaltungen, Eingaben an Behörden, Durchführung von Musterprozessen und populistische Inszenierungen, mit denen die öffentliche Meinung gewonnen werden kann. Däke und eine Handvoll regional präsente Vertreter des Vereins sind auf diese Weise gern eingeladene Experten und zitierfähig.

## 5.1 Inszenierungen zur Gewinnung der öffentlichen Meinung

Der Bund der Steuerzahler sucht den medienwirksamen Auftritt. So hat der Verein eine Reihe von regelmäßigen Terminen etabliert, zu denen teils stark populistische Inszenierungen von steuer- und finanzpolitischen Themen im Rampenlicht des gesamten Spektrums von dankbaren, nach „Content“ suchenden Medien abgehalten werden.

### Schwarzbuch: „Die öffentliche Verschwendung“

Die Broschüre „Die öffentliche Verschwendung – Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler“ prangert jedes Jahr im frühen Herbst die öffentliche Verschwendung an und belegt sie mit ausgewählten Beispielen. Dabei unterstellt der Verein der Politik regelmäßig eine „Es ist ja nicht mein Geld-Mentalität“. Das Schwarzbuch

<sup>92</sup> Bund der Steuerzahler 1999, S. 22.

greift sich jedes Jahr ca. 100 Fälle von vermeintlicher Steuergeldverschwendung in verschiedenen Bereichen heraus.

Die „Fälle“, so der Verein, ergeben sich aus „Hinweisen“ von Bürgern, die von den Landesverbänden recherchiert und dem Bundesverband zur Sammlung überlassen werden. Die Sammlung ist in verschiedene Themenblöcke<sup>93</sup> gegliedert und äußerst diskussionswürdig. Viele Beispiele leiten sich ganz offensichtlich aus kommunalen Interessenkonflikten her, sind von ideologischen Vorstellungen geprägt, ganz einfach falsch oder eigentlich überhaupt keine Fälle.<sup>94</sup>

Dem immer wieder kehrenden Vorwurf, bei den Organen der staatlichen Finanzkontrolle, den Rechnungshöfen, abzuschreiben,<sup>95</sup> stemmt sich der Verein offensiv durch das kurze Kapitel „Aufgedeckt - Rechnungshöfe werden fündig“ entgegen. Hier greift sich der Bund der Steuerzahler aus den umfassenden Berichten, die vom Bundes- und den Landesrechnungshöfen im Frühjahr herausgegeben werden, eine Handvoll von Fällen heraus und erzählt sie nach. Jedes Jahr im September bei der Präsentation des Schwarzbuchs, stellte der Bund der Steuerzahler bis 2006 pauschal die Summe von 30 Milliarden Euro (früher 60 Milliarden DM) Verschwendung in den Raum.<sup>96</sup> Hierbei berief sich der Verein auf den Bundesrechnungshof, der angeblich berechnet habe, dass fünf Prozent der öffentlichen Ausgaben fehlgeleitet seien.

Nachdem die immer gleiche Summe von 30 Milliarden Euro neuerdings auch die Medien irritiert, zumal gefühlte

<sup>93</sup> U.a.: Verschwendung im Verkehrsbereich, Fehlplanungen, Imagekampagnen, Luxus, Kostenexplosionen, Fehler, teure Staatsdiener.

<sup>94</sup> Schwarzbuch 2007: Interessenkonflikte z.B. S. 7 Leipzig, S. 8 Gülpe, S. 10 Hochschwarzwald; ideologisch z.B. S. 11 Braunschweig; keine „Fälle“ z.B. S. 5 Chemnitz; falsch z.B. „Koi-Karpfen-Affäre“ (Schwarzbuch 2004).

<sup>95</sup> Vgl. „Selektive Empörung“ in: Spiegel vom 5. August 2002, S. 24.

<sup>96</sup> Vgl. „'Milliarden verschwendet'. Bund der Steuerzahler stellt Schwarzbuch 2006 vor“ in SZ vom 27.9.2006, S. 7.

29,9 Milliarden Euro der Verschwendung eben nicht in den jährlichen Broschüren des Vereins dokumentiert sind, wurde bei der Vorstellung des Schwarzbuchs 2007 erstmals seit vielen Jahren keine konkrete Summe genannt.<sup>97</sup>

Auf Nachfrage wurden dann den über 100 Medienformaten, die die Agenturmeldungen von dpa und ddp übernehmen oder gar eigene Mitarbeiter vor Ort hatten, aber wieder die 30 Milliarden Euro, die üblichen fünf Prozent der öffentlichen Ausgaben, zur Antwort gegeben. Dabei betonte der Vereinspräsident Däke, dass es auf die genaue Summe gar nicht ankäme. Mit jedem Cent müsse ordnungsgemäß umgegangen werden.<sup>98</sup>

Neben der Anschuldigung des Abschreibens setzt sich der Bund der Steuerzahler bezüglich seiner jährlichen Schwarzbücher zwei elementaren Vorwürfen seitens des Bundesrechnungshofes aus:

Erstens beklagt Bundesrechnungshofs-Präsident Dieter Engels an der Schätzpraxis des Bundes der Steuerzahler seit Jahren, dass der Verein seine Berechnungsgrundlagen nicht offen lege. Darum habe er Karl Heinz Däke in den letzten Jahren wiederholt gebeten. Der Bundesrechnungshof könne aufgrund der fehlenden Transparenz die Werte und auch die Gesamtsumme nicht nachvollziehen.<sup>99</sup> Zweitens beruft sich der Bund der Steuerzahler bei dem Wert von 30 Milliarden Euro an Verschwendung regelmäßig auf den Bundesrechnungshof. Dieser dementiert das regelmäßig postwendend. Angebliche Schätzungen seitens der Rechnungshöfe gäbe es nicht.<sup>100</sup>

Die Erhebungen der Rechnungshöfe von Bund und Ländern gehen davon aus, dass 95 Prozent aller öffentlichen Investitionen einwandfrei sind. Der Umkehrschluss des Bundes der Steuerzahler geht dahin, dass

fünf Prozent jährlich verschwendet werden. Dies seien eben Jahr für Jahr 30 Milliarden Euro. Die Rechnungshöfe ermittelten in den letzten Jahren einstellige Milliardenbeträge – häufig höchstens ein Zehntel der Steuerzahler-Propagandazahl – an fehlgeleiteten Geldern.

#### Der Lese-Tipp!

„Die öffentliche Verschwendung 2007 –  
Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler“  
Kostenlos zu bestellen unter  
<http://www.steuerzahler.de>.

### Preisverleihungen

Zum Vereinsleben des Bundes der Steuerzahler gehört es dazu, regelmäßig Preise an Personen und Institutionen zu verleihen, die die Wertvorstellungen des Vereins teilen und fördern. Im Rahmen der Preisverleihungen werden Journalistinnen und Journalisten eingeladen, mit denen dann Pressekonferenzen und Fototermine veranstaltet werden, eine anerkannte Persönlichkeit hält eine Laudatio – kurz, es wird mit möglichst viel Prominenz Öffentlichkeit gewonnen, um die Auffassungen des Vereins über die Gestaltung von Finanz- und Steuerpolitik medial wirksam zu transportieren.

Die Anlässe der Preise sind unterschiedlich ausgerichtet. Der Landesverband Niedersachsen und Bremen vergibt den niedersächsisch-bremerischen Journalistenpreis „Die spitze Feder“,<sup>101</sup> die Landesverbände Schleswig-Holstein und Sachsen verleihen einen „Steuerzahlerpreis“, Bayern zeichnet verdiente Sparerinnen und Sparer mit dem „Zukunftspreis“ in Form eines „Sparlöwen“, im kommunalpolitischen Rahmen mit einem „Kreativpreis“ sowie dem so genannten „Spareh-

<sup>97</sup> Vgl. „Staatsausgaben. Steuerzahlerbund beklagt Milliardenverschwendung“ in: FAZ-NET vom 27.9.2007.

<sup>98</sup> Vgl. ebd.

<sup>99</sup> Vgl. „Der Staat schont die Reichen“ in: Tagesspiegel vom 15.11.2006, S. 18.

<sup>100</sup> Vgl. ebd.

<sup>101</sup> Anm.: Nicht zu verwechseln mit dem, von den Grünen Wien 1999 ins Leben gerufenen, gleichnamigen Preis für Journalistinnen.



renpreis des Bundes der Steuerzahler“ (2007) aus.<sup>102</sup> Allen Preisen ist gemeinsam, dass sie sich an Organisationen oder Personen richten, die öffentlich in besonderer Weise für die Wertvorstellungen des Bundes der Steuerzahler, d.h. Sparsamkeit, Rationalisierung der öffentlichen Verwaltung und Abbau des Staates oder Senkung bzw. Abschaffung von Steuern, eingetreten sind.<sup>103</sup> Die bekanntesten Preise des Vereins sind der Karl-Bräuer-Preis und der „Sparlöwe“.

### **Sparsam, tüchtig, sauber: Die Träger des Karl-Bräuer-Preises**

***Der von den Landesverbänden des Bundes der Steuerzahler gestiftete Karl-Bräuer-Preis wird alle drei Jahre an Personen verliehen, die sich aus Sicht des Vereins „in sachlich einwandfreier und eindrucksvoller Weise mit der Finanzwirtschaft der öffentlichen Hand befassten und dadurch hervorragend mitwirkten, Sparsamkeit, Tüchtigkeit und Sauberkeit als oberste Grundsätze für die öffentliche Hand zu fördern“.***<sup>104</sup>

Diesen Wertvorstellungen des Bundes der Steuerzahler wurde 2005 mit Heike Göbel die Ressortchefin Wirtschaft der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* gerecht. Dass es dem Verein gelingt, öffentliche Aufmerksamkeit mit diesem Preis zu erreichen, zeigt schon der Redner, der für die Festansprache gewonnen wurde. Die Laudatio bei der Preisübergabe hielt der Referent des Akademiker-Finanzdienstleisters MLP AG und Vorsitzende des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Prof. Dr. Dr. h.c. Bert Rürup.<sup>105</sup>

<sup>102</sup> Anm.: Daneben gibt es aber auch Negativpreise, wie den „Schleudersachsen“ oder in Niedersachsen und Bremen das „Fass ohne Boden“.

<sup>103</sup> Ausnahmen: Die Negativpreise.

<sup>104</sup> Bund der Steuerzahler 1999, S. 75.

<sup>105</sup> Sowohl Rürups Position als Referent für den Finanzdienstleister MLP AG als auch die als Vorstandsvorsitzender des

Die Reihe der Vorgänger der prämierten ehemaligen Mitarbeiterin des angebotsorientierten *Instituts für Weltwirtschaft, Kiel*, bei den letzten Verleihungen deutet an, welche Institutionen den Anschauungen des Bundes der Steuerzahler bei der Preisvergabe gerecht werden. Gemeinsam ist allen Preisträgern, dass sie sich für die marktwirtschaftliche Erneuerung unseres Wirtschafts- und Sozialsystems im Sinne einer neoliberalen Politik einsetzen.

- 2002 gewann der Publizist und Fernsehautor Günter Ederer, dessen Features-Serie über 'Märchen' der Sozialpolitik und über den Reformstau von einer operativen Einheit der *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* mitfinanziert worden ist.<sup>106</sup>
- 1999 erhielt der damalige Präsident des *Instituts für Weltwirtschaft, Kiel*, Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Siebert den Preis.
- 1996 ausgezeichnet wurde der Göbel-Vorgänger, der damalige Ressortchef Wirtschaft der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und jetzige Vorstandsvorsitzende der *Ludwig-Erhardt-Stiftung*, Dr. Hans D. Barbier.

Die Gewerkschaften müssen sich mit den Preisträgern des Karl-Bräuer-Preises und ihren Aktivitäten auseinandersetzen. Denn die Geehrten stehen für einen schlanken Staat. Sie stehen für die Begünstigung eines entsolidarisierten Gesellschaftsmodells – dafür werden sie vom Bund der Steuerzahler ausgezeichnet.

---

MEA Mannheim (grundfinanziert durch Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft, Bezug von Drittmitteln durch Volkswagen-Stiftung und Thyssen-Stiftung) werfen Zweifel an seiner Unabhängigkeit in der Funktion als „Wirtschaftsweiser“ auf.

<sup>106</sup> Bei der „operativen Einheit“ handelt es sich um die *berolino.pr GmbH*, seit 2007 *INSM-Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH*. Die Tochter des Deutschen Instituts-Verlags (DIV) wurde für die Durchführung der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) gegründet. Vgl. auch Lilienthal 2003.

## Ausgerichtet an den Interessen des Mittelstands: Die „Sparlöwen“

Der Landesverband Bayern des Bundes der Steuerzahler kürt regelmäßig den „Sparlöwen“. Der Sparlöwe wird, wie auch der Karl-Bräuer-Preis an Persönlichkeiten oder Institutionen vergeben, deren steuer- und finanzpolitischen Zielsetzungen im Einklang mit denen des Steuerzahlervereins stehen. Da die Arbeit der Medien eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg des Bundes der Steuerzahler ist, verwundert es nicht, dass regelmäßig neben Politikern auch Journalistinnen und Journalisten für die Förderung bestimmter Meinungsbilder in der Gesellschaft mit dem „Sparlöwen“ ausgezeichnet werden.

- 2005 wurde die Verlegerin der Verlagsgruppe Passau, Angelika Diekmann, für das „objektive Forum für steuerzahlerfreundliche Berichterstattung unter Einbeziehung der Interessen und Rechte der Steuerbürger“<sup>107</sup> geehrt.
- 2004 würdigte der Verein Dr. Hermann Balle, den Vorsitzenden des Verbandes Bayerischer Zeitungsverleger, für seinen Einsatz „für eine auch an den Interessen des Mittelstandes ausgerichtete Sozial-, Wirtschafts- und Steuerpolitik“.<sup>108</sup>
- 2002 erhielt der Verleger des Münchener Zeitungsverlags, Dr. Dirk Ippen, den Preis für die publizistische „Heraushebung und Förderung der Prinzipien der freien, sozialen Marktwirtschaft und des sie vor allem tragenden Mittelstandes“.<sup>109</sup>

<sup>107</sup> Presseinformation des Bundes der Steuerzahler Landesverband Bayern vom 19.8.2005.

<sup>108</sup> Presseinformation des Bundes der Steuerzahler Landesverband Bayern vom 23.4.2004.

<sup>109</sup> Presseinformation des Bundes der Steuerzahler Landesverband Bayern vom 22.11.2002.

- FOCUS- Chefredakteur Helmut Markwort erhielt 2000 den Preis dafür, dass er „die Bedeutung von Wirtschaftlichkeit in finanzpolitischen und haushaltspolitischen Fragen einer breiten Öffentlichkeit“ vermittelte.<sup>110</sup>

Die Begründungen, mit denen die Preise an die hier angeführten Journalistin und Journalisten vergeben worden sind,<sup>111</sup> verdeutlichen, dass hier Menschen gewürdigt werden, die mit ihren Veröffentlichungen als Lobbyisten für den Bund der Steuerzahler auftreten.

## Steuerzahlergedenktag: Grund zur Freude, Grund zur Trauer?

Jedes Jahr inszeniert der Bund der Steuerzahler seinen so genannten „Steuerzahlergedenktag“. Dieser Tag soll den Zeitpunkt des Jahres demonstrieren, ab dem „die Deutschen ... wieder für ihr eigenes Portemonnaie“<sup>112</sup> arbeiten.

Für die Berechnung dieses Termins hat das vereinseigene Karl-Bräuer-Institut eine „volkswirtschaftliche Einkommensbelastungsquote“ entwickelt, mit der „die tatsächliche Belastung der Einkommen und Bürger“ ermittelt werden soll. Dabei kalkuliert der Verein die Steuer- und Abgabenbelastung allerdings mit einer anderen Bezugsgröße als die Bundesbank und der *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung* bei der Berechnung der Steuerquote – und kommt folglich zu einem abweichenden Ergebnis. Während Bundesbank und „Wirtschaftsweise“<sup>113</sup> nach OECD-Methodik die Summe aller Steuer- und Sozialabgaben mit dem Volkseinkommen, d.h. dem Bruttoin-

<sup>110</sup> Presseinformation des Bundes der Steuerzahler Landesverband Bayern vom 29.9.2000.

<sup>111</sup> Neben den Aufgezählten wurden einige Politiker (2004 CSU-Staatskanzleichef Erwin Huber, 2005 der damalige CSU-Innenminister Günther Beckstein), eine Regierung (2007 die Bayerische CSU-Staatsregierung) und ein Unternehmen (2005 Techniker Krankenkasse Bayern) geehrt.

<sup>112</sup> Vgl. Bund der Steuerzahler 2007/XIV.

<sup>113</sup> Anm.: Gemeint ist der Sachverständigenrat.

landsprodukt (BIP), verglichen, berücksichtigt der Bund der Steuerzahler nur die gesamtwirtschaftlich erzielten Einkommen. Diese sind aber nur ein Bestandteil des BIP. Der Verein argumentiert damit, dass Steuern und Abgaben aus dem tatsächlichen Einkommen bezahlt werden.

Tendenziös wird die Diskussion um die unterschiedlichen Bezugsgrößen mit der Behauptung des Bundes der Steuerzahler, dass die Steuer- und Abgabenbelastung in Deutschland im internationalen (OECD-) Vergleich extrem hoch sei. Nach Berechnung des Vereins ist Deutschland ein Hochsteuerland. Dabei berücksichtigt der Verein allerdings einen Teil der Bezugsgrößen nicht konsequent.

### Probleme mit dem Rechenschieber

Würde sich die internationale methodische Abgrenzung der OECD nach der Berechnungsformel des Bundes der Steuerzahler ändern, korrigierten sich für alle Vergleichsländer ebenfalls die Größenordnungen – diese wären dann auch alle Hochsteuerländer. Und mit diesem Umstand begründet die OECD ihre Auffassung, dass Deutschland „kein ausgewiesenes Hochsteuerland“ sei.<sup>114</sup>

Der „Steuerzahlergedenktag“ des Bundes der Steuerzahler wird vom Präsidenten des Steuerzahlerbundes mit einem öffentlichen Auftritt gefeiert. Am 13. Juli 2007 haben seine Helfer vor dem Bundesfinanzministerium in der Berliner Wilhelmstraße wieder einen Gong aufgebaut, an dem Karl Heinz Däke um 11.42 Uhr den Countdown heruntergezählt und die neue Zeitrechnung eingeschlagen hat – das Wirtschaften „in die eigene Tasche“.



### Kurz belichtet 5: Vereinspräsident Däke schlägt den Gong für eine neue Zeitrechnung<sup>115</sup>

Der Termin für den so genannten „Steuerzahlergedenktag“ ist aufgrund der gewählten Bezugsgröße des Bundes der Steuerzahler fragwürdig.

Die mit der „volkswirtschaftlichen Einkommensbelastungsquote“ verknüpfte Behauptung, die Steuern und Abgaben in Deutschland seien im internationalen Vergleich besonders hoch, blendet den Aspekt der unterschiedlichen Finanzierungsmodelle sozialer Sicherungssysteme innerhalb der OECD aus und ist daher nicht ehrlich.

Die Medien stört das aber nicht. Sie greifen die Inszenierung des Steuerzahlergedenktags dankbar auf, liefert sie doch schon im Vorfeld Material für explosive Meldungen: „...nach den alarmierenden Zahlen des **Steuerzahlerbundes, wonach Verbrauchern von jedem verdienten Euro nur 47 Cent in der Tasche bleiben**“.<sup>116</sup> Gepaart mit Wortmeldungen von erwiesenen Experten lässt sich dann Meinung machen. Dennis J. Snower nutzte so die Gelegenheit, die ihm die Süddeut-

<sup>114</sup> „Steuerquote relativ klein“ in FR vom 12.10.2006, S. 4.

<sup>115</sup> Karl Heinz Däke am 13.7.2007 in Berlin.

<sup>116</sup> „Nach dem Alarm durch den Steuerzahlerbund Experten fordern mehr Netto“ in: SZ-Online am 27.9.2007, URL: /wirtschaft/artikel/780/122613/article.html.

sche Zeitung bot, der Öffentlichkeit die ökonomische Linie des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel, dem er vorsteht, anzuzeigen: **„Der Staat sollte sich bemühen, sowohl die Einkommenssteuer als auch Staatsausgaben zu senken“**.<sup>117</sup> HWWA-Chef Thomas Straubhaar diktierte der Bild-Zeitung am 10.7.07: **„In den Kassen ist derzeit genug Geld, das den Bürgern gehört“**.<sup>118</sup>

Der Steuerzahlergedenktag bedient Stereotypen. Er trifft den Massennerv. **„Bis heute haben wir alle, auch Sie, nur für den Staat gearbeitet“**,<sup>119</sup> so Steuerzahler-Präsident Däke. An die Frage, die der Verein auf seinem mitgebrachten Flipchart stellt, ob dieser Tag, der eine rein virtuelle Inszenierung ist, ein „Glückstag oder Trauertag?“ sei, trauen sich die berichterstattenden Medien, die die Inszenierung am Abend im Fernsehen oder am nächsten Tag in ihren Zeitungen vermarkten, nicht heran.

### ***Ist es ein Glücksfall oder ist es ein Grund zum Trauern, dass ein großer Anteil unserer Einkünfte mit der Gemeinschaft, in der wir leben, geteilt werden muss?***

Brauchen wir diese Gemeinschaft mit den Entfaltungsmöglichkeiten, die sie uns verschafft? Oder ist der Glücksfall einer, bei dem wir möglichst wenige Tage für die Gemeinschaft arbeiten – vielleicht nur ein paar Tage, um die Rechtssicherheit, die der Markt zum freien Agieren benötigt, zu finanzieren?

Eine weitere Inszenierung des Bundes der Steuerzahler ist seine so genannte **Schuldenuhr**. Auf ihr werden mit einem unaussprechlich hohen Betrag die Schulden des Landes, dazu in sehr wohl vorstellbaren Zahlen ihr Zuwachs pro Sekunde und eine rein hypothetische Verschuldung pro Kopf dargestellt. Der Verein präsentiert dazu in einer extrem einfachen Art und populistisch, wie

viele Jahre es dauern würde, diese Summe über die Tabaksteuer in Höhe von 12 Milliarden Euro abzubauen – 110 Jahre,<sup>120</sup> eine beeindruckende Zahl. Nach dem gleichen Prinzip wie die Schuldenuhr funktioniert die Zinsuhr des Vereins, sie erfasst statt der Schulden die anfallenden Zinsen.

Bei den Inszenierungen beider Uhren setzt der Verein nicht auf Information, sondern betreibt offensichtlich seine Interessenpolitik: Die staatlichen Ausgaben müssen drastisch gesenkt werden, die Schulden abgebaut und ein allgemeines Verschuldungsverbot erlassen werden. Die angebliche „Unfähigkeit“ des Staates spiegelt sich in der Verschuldung und der Zinslast, so der Eindruck, der sich hochwirksam in der Öffentlichkeit verfestigt. Medien könnten aufklären, stattdessen bekommt „man feuchte Hände“<sup>121</sup> beim Anblick der Schuldenuhr, sie „rast gnadenlos“.<sup>122</sup>

## **5.2 Das unkritische Medienecho**

Die medialen Großinszenierungen des Bundes der Steuerzahler, die Herausgabe des Schwarzbuches „Die öffentliche Verschwendung“ und der „Steuerzahlergedenktag“ sind Ereignisse, die eine starke Aufmerksamkeit genießen und zudem zu einer breiten positiven Wahrnehmung des Mediums, das darüber berichtet, beitragen. Der Verein und die Presse ziehen gegenseitigen Nutzen. „Verschwendungen“ werden „aufgedeckt“, Steuersenkungen vom Staat verlangt, die Pro-Kopf-Verschuldung plakativ benannt. Die Medien beziehen gegenüber dem Staat „kritisch“ Position, der Bund der Steuerzahler hat die Missstände aufgedeckt: Seine Berechnungen ergeben, dass wir im Jahr 2007 von jedem Euro, den wir verdienen, 53 Cents an eine öffentliche

<sup>117</sup> Ebd.

<sup>118</sup> Ebd.

<sup>119</sup> Anm. In seiner Ansprache am 13.7.2007 in Berlin.

<sup>120</sup> „Vorsicht, Einsturzgefahr!“ in: FOCUS vom 28.6.2004, S. 20.

<sup>121</sup> „Das Tollhaus“ in: Spiegel vom 21.2.2004, S. 21.

<sup>122</sup> „Haste mal 'nen Euro“ in: Stern vom 27.10.2005, S. 44.

Verwaltung, die mit „unserem“ Geld nicht sorgsam umgeht, abgeben müssen.

Niemand kann ernsthaft dagegen sein, wenn die öffentliche Hand sorgsam und sparsam mit den Steuergeldern umgeht. Der Bund der Steuerzahler fordert das und stellt sich gegenüber den Medien erfolgreich als rechtlich-moralische Instanz dar; es gelingt auch hier das populistische Verwirrspiel: So kommentiert der „Spiegel“ Analysen zur Haushaltslage und möglichen Privatisierungen in Hamburg und Berlin: „Posten werden systematisch durchgeforstet, dass der Bund der Steuerzahler und Rechnungshof kaum noch Beanstandungen haben“. <sup>123</sup> Der Verein und die Rechnungshöfe auf Augenhöhe, das hat sich in den Vorstellungen einiger Medien festgesetzt. Zeitungen erfragen den Schuldenstand nicht bei den Rechnungshöfen, sondern schauen – was durchaus legitim ist – auf der Schuldenuhr des Vereins nach. <sup>124</sup>

### Autorität durch die Medien...

Die „taz“-Nord traut dem Verein sogar administrative Weisungsrechte zu. „Der Bund der Steuerzahler hat inzwischen den Landesrechnungshof eingeschaltet“, <sup>125</sup> so die taz über den, von Autolobbyisten angezettelten Streit um die Wiederanbindung Aurichs an das Schienennetz. Doch die „taz“ bedenkt nicht, dass den nur dem Gesetz unterworfenen Rechnungshöfen keine Prüfungsaufträge erteilt werden können. <sup>126</sup>

Nicht nur an diesem Beispiel wird deutlich, wie der Bund der Steuerzahler zu einer Institution der finanzpolitischen Kompetenzen erhoben wird. Die „taz“ schrieb zur

<sup>123</sup> „Stadtstaaten. ‚Blut, Schweiß und Tränen‘“ in: Spiegel vom 10.6.2002, S. 48.

<sup>124</sup> Vgl. „46.220.320.800 Euro – die Sie bezahlen werden“ in taz vom 11.1.2003, S. 4.

<sup>125</sup> „Eine Stadt setzt auf die Schiene“ in: taz-Nord am 17.01.2007, S. 22.

<sup>126</sup> Die Rechnungshöfe bestimmen Zeit, Art und Umfang der Prüfungen nach eigenem Ermessen. Wenn sie es für erforderlich halten, gehen sie Hinweisen von Dritten nach.

geplanten Diätenreform: „Der Chef des Bundes der Steuerzahler, Karl-Heinz Däke, signalisierte Unterstützung für eine Diätenerhöhung, wenn die Abgeordneten im Gegenzug auf Privilegien verzichten“. <sup>127</sup> Ist das Gewicht des Vereines so groß, dass die Politik seine Unterstützung braucht, oder überschätzen die Medien seinen Einfluss?

### ... auch wenn die Glaubwürdigkeit bezweifelt wird

Gleichzeitig stehen viele Medien – und zwar die gleichen, die dem Bund der Steuerzahler hohe Kompetenzen zuweisen – seinen Aussagen an anderer Stelle vollkommen ablehnend gegenüber.

Der „Spiegel“ weiß die „FDP und [den] ihr nahe stehenden Bund der Steuerzahler“ <sup>128</sup> finanz- und wirtschaftspolitisch beieinander zu verorten; das Magazin ist auch dem Populismus seines Präsidenten auf der Spur, der sich „vor haarsträubenden Storys nicht zurück [scheute], wenn es darum ging, die Wut der Bürger zu schüren“. <sup>129</sup>

Was also bewegt eben diese Medien dazu, im Bund der Steuerzahler eine „**Institution in Sachen Anstand und Moral der politischen Klasse in der Bundesrepublik**“ <sup>130</sup> zu sehen? Zeigten 2004 die „Schwarzbücher des Bundes der Steuerzahler...“, dass der Osten im Verprassen und Fehlplanen auf Westniveau angelangt ist“? <sup>131</sup> Wurde erst ein halbes Jahr später ausgerechnet, dass „von den angeblich ‚30 Milliarden Euro‘, die laut Verbandspräsident Däke Jahr für Jahr ‚verschleudert werden‘, ...nach Abzug unbelegter Schätzgrößen nicht einmal eine Milliarde Euro übrig“ <sup>132</sup> blieb?

<sup>127</sup> „Fraktionen planen Diätenreform“ in: taz am 28.11.2005, S. 7.

<sup>128</sup> „Stunde der Wahrheit“ in: Spiegel am 30.09.2002, S. 24.

<sup>129</sup> „Funktionäre. Drohen, giften, geifern“ in: Spiegel am 26.3.2005, S. 37.

<sup>130</sup> Vgl. „Selektive Empörung“ in: Spiegel vom 5. August 2002, S. 24.

<sup>131</sup> „Das Ende der Illusion“ in: Spiegel vom 20.9.04, S. 62.

<sup>132</sup> „Funktionäre. Drohen, giften, geifern“ in: Spiegel am 26.3.2005, S. 37.



Die „Süddeutsche Zeitung“ aus München jedenfalls ahnt den Schmus: „Das klingt ein bisschen nach dem Bund der Steuerzahler, der traditionell immer mit phantastischen Zahlen hantiert“,<sup>133</sup> um dann einige Monate später „Die Milliardengräber des Staates“<sup>134</sup> zu titeln.

Der Bund der Steuerzahler wird von den Medien benutzt. Nach Bedarf wird er zur Autorität erhoben, an anderer Stelle milde belächelt. „Im ‚Schwarzbuch‘ angeprangerte Skandale stellten sich allzu oft eher als Skandalchen heraus, die zudem aus Rechnungshofberichten abgeschrieben worden waren“.<sup>135</sup> Und der Vereinspräsident „...Däke verkündet gerne spektakuläre Verschwendung, auch wenn sie nur geschätzt ist“.<sup>136</sup>

Warum nimmt seit Jahren niemand daran Anstoß, dass der Verein jedes Jahr von 30 Milliarden Euro verschwendeten Steuergeldern spricht? Was macht ihn zu der moralischen Instanz, die „mit Argusaugen beobachtet... wie Politiker und Beamte beharrlich öffentliche Gelder vergeuden“?<sup>137</sup> Warum schauen die Medien dem „Lobbyisten“<sup>138</sup> Karl-Heinz Däke und seinem Verein, dessen Aktivität aus „Drohen, giften, geifern“<sup>139</sup> besteht, nicht auf die Finger?

Karl Heinz Däke und sein Verein stehen gegen die Verschwendung der Steuergelder durch den Staat. Zwar wissen sie nicht, wie viel Geld der Staat verschwendet. Darauf kommt es aber auch gar nicht an. Nachdem 2007 erstmals Irritation über die immer gleichen 30 Milliarden Euro Verschwendung entstanden ist, sagt Däke

<sup>133</sup> „Mehr Personal für Finanzämter“ in: SZ vom 16.11.2006, S. 6.

<sup>134</sup> „Schwarzbuch Steuerzahlerbund. Die Milliardengräber des Staates“ in: Süddeutsche.de am 27.9.2007; URL: /finanzen/artikel/347/135087/

<sup>135</sup> „Funktionäre. Drohen, giften, geifern“ in: Spiegel am 26.3.2005, S. 37.

<sup>136</sup> „Blenden für Spenden“ in: impulse vom 1.5.2005, S. 30.

<sup>137</sup> „Segen wird zum Fluch“ in: Focus vom 30.10.06, S. 30.

<sup>138</sup> „Letzte Weichenstellung vor der Börse“ in: Tagesspiegel vom 3.9.2006, S. 24.

<sup>139</sup> „Funktionäre. Drohen, giften, geifern“ in: Spiegel am 26.3.2005, S. 37.

einerseits, dass sich die Verschwendung nicht exakt beziffern ließe. Andererseits käme es auf den – in den Raum gestellten, aber nicht verifizierten – genauen Wert gar nicht an. Der Verein unterstellt eine enorme Summe, gibt zu, dass er die wahre Summe gar nicht kennt und sagt dann, „ob es eine Milliarde oder 30 Milliarden Euro sind, ist letztlich egal“. Für die Medien ist „30 Milliarden“ sehr schön, eine gute, eine hohe Zahl. Mit ihr lässt sich besser jonglieren, als mit einer Milliarde. Also titelte die Medienlandschaft am 27. September 2007 einmal mehr, dass der Staat wieder „30 Milliarden“ verpulvert habe.

Denn letztlich ist sowieso nicht das Hantieren mit Zahlen, die eingehende Überprüfung von Informationen, sondern „der sorgsame Umgang mit den Steuergeldern“ das Entscheidende. Und damit hat der Präsident des Bundes der Steuerzahler Recht!

## 6. Für wen spricht der Bund der Steuerzahler? – Politische Linie

***Der Steuerzahlerbund ist nicht die Interessenvertretung aller Steuerzahler, die er stets zu sein vorgibt. Bei den Argumentationen und der öffentlichen (Selbst-) Darstellung des Vereins finden sich widersprüchliche Haltungen.***

Einerseits beschwört der Bund der Steuerzahler einen Gemeinschaftsgedanken – den der gemeinsamen „Bürde“, Steuern zu zahlen. Diese Gemeinschaft wird fortwährend mit populistischen Parolen als real bestehend eingeredet: „Was müssen **wir** uns nicht noch alles gefallen lassen!“

Andererseits ist es dennoch gerade der Gemeinschafts- und Solidaritätsgedanke, der in vielfältiger Weise durch Forderungen, bspw. weniger in Bildung zu investieren und alles den unsichtbaren Kräften am Markt zu überlassen, umgestoßen wird.

Anhand der Auswahlprozesse und „Steuerfälle“, die der Verein heranzieht, wird deutlich, wie beliebig der selbsternannte Anwalt aller Steuerzahlerinnen und Steuerzahler arbeitet. Im Bund der Steuerzahler findet eine neoliberale Ideologie ihren Ausdruck, die einzig die Interessen ihrer eigenen Klientel – einem nicht repräsentativen Ausschnitt der Bevölkerung – vertritt.

## 6.1 Wie wird entschieden, welche Themen relevant sind?

Der überwiegende Anteil der „Fälle öffentlicher Verschwendung“ für das jährliche Schwarzbuch speist sich aus Hinweisen von Bürgerinnen und Bürgern – zumeist aus ihren eigenen Städten, Gemeinden oder Kommunen. Kritische Themen über Ausgaben für Militär- und Rüstung oder Auslandseinsätze der Bundeswehr werden nicht aufgeführt. Bei überregionalen „Fällen“ geht es zumeist um EU-spezifische Themen rund um Fördergelder, Subventionen, europäische Projekte, wie Galileo oder die Kofinanzierung russischer Atom-U-Boote.<sup>140</sup>

Welche Auswahlkriterien für die Aufnahme der „Fälle“ bestehen, stellt der Verein öffentlich nicht dar, die Grundsätze werden nicht transparent gemacht. Nach eigenen Angaben gehen die Landesverbände und das Präsidium den Hinweisen durch Ortsbesichtigungen nach. Dort werden die „Verantwortlichen um Stellungnahme gebeten und ggf. Alternativen geprüft“.<sup>141</sup>

<sup>140</sup> Vgl. Schwarzbuch 2007.

<sup>141</sup> Schwarzbuch 2006, Geleitwort, S. 2.

Bemerkenswert, dass manche der dargestellten Fälle durchaus streitbar sind. Warum sollen nicht auch Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die keine Rockmusik mögen, für ein europaweit einzigartiges, defizitär arbeitendes Rock'n'Pop-Museum im nordrhein-westfälischen Gronau ungefragt zur Kasse gebeten werden? Warum begrüßt der Bund der Steuerzahler den *umstrittenen* Millionen-Zuschuss des Freistaates Bayern zum Kauf des Papst-Geburtshauses und nimmt diesen Fall von „Staatskapitalismus“ nicht in sein Schwarzbuch auf?<sup>142</sup>

Es ist eindeutig, dass Jahr für Jahr verschiedene „Fälle“ zu finden sind, deren Verfahren anders hätten konzipiert werden können. Nahezu alle Fälle, die in das Schwarzbuch eingehen, sind abhängig von der Betrachtungsweise ihrer Bewerter.

## A20 – Wildbrücke bei Strukdorf

Die 2007 errichtete Wildbrücke der Autobahn A20 bei Strukdorf, gebaut für 2,3 Millionen Euro, soll den in großer Zahl vorkommenden Rothirschen ein gesichertes Überqueren ermöglichen und Wildunfälle zu vermeiden. Für den Bund der Steuerzahler ist die Brücke eine dubiose Steuerverschwendung und für einen weiteren Vertreter der deutschen Vereinslandschaft, den ADAC, eine zweifelhafte Baumaßnahme.<sup>143</sup>

Das Landesstraßenbauamt in Lübeck weist allerdings jede Kritik zurück: Voraussetzung zur Rechtfertigung von Wildquerungshilfen seien die ökologische und ökonomische Effizienz, für die eine wildbiologische Begleit-

<sup>142</sup> Vgl. „Staatszuschuss freut den Steuerzahlerbund“ in: Bayerische Staatszeitung am 07.04.06, S. 4. Anm.: Das Geld sei sinnvoll ausgegeben, denn „das Geburtshaus des Papstes ist für Markt schon ein richtiger Wirtschaftsfaktor geworden“ so Verbandspräsident Rolf von Hohenau – Der Staat als Akteur am Markt!

<sup>143</sup> Vgl. „Steuerzahlerbund rügt A 20-Planer: Wildbrücke ist überflüssiger Luxus“ in: Kieler Nachrichten am 14.08.07. Vgl. auch Schwarzbuch 2007, S. 31.



studie vom Institut für Wildbiologie und Jagdkunde der Uni Göttingen durchgeführt wurde. Die zwingende Notwendigkeit einer Wildbrücke wurde bescheinigt, die kostengünstigste Konstruktionsart vom Landesstraßenbauamt gewählt.

Ein Wildschutzexperte des Landesjagdverbandes bestätigt, dass Effizienzkontrollen an Wildquerungen an der A20 in Mecklenburg-Vorpommern dokumentieren, dass Brücken und Unterführungen von den Tieren angenommen werden.<sup>144</sup> Diese Informationen werden in der Fallbeschreibung nicht genannt. Generell bleibt der Steuerzahlerbund in seinen Kurzbeschreibungen der Schwarzbuchfälle den Lesern gegenteilige Positionen schuldig. Die wirtschaftliche Rundbogenbrücke ist für den Verein durch ihre Andersartigkeit ein „architektonischer Hingucker“, damit eine „opulente Grünbrücke“ und deshalb wird „Bescheidenheit bei den Projekten der Tierwelt“ gefordert.<sup>145</sup> Gerne schließt sich auch der ADAC in Person seines Vizepräsidenten Ulrich Becker der Empörung an: „Im Straßenbau mangelt es an allen Ecken und Kanten, und hier wird mit völlig überzogenem Aufwand eine Brücke gebaut, obwohl Wildzäune effektiver und günstiger gewesen wären“.<sup>146</sup> Unzweifelhaft sind Fehlplanungen, Kostenexplosionen und Korruption in der öffentlichen Verwaltung zu ahnden und zu sanktionieren. Mit diesem „Fall“ wird jedoch deutlich, dass der Bund der

Steuerzahler nicht leisten kann und will, was er vorzugeben versucht.

Der Verein selbst unterscheidet bei den „Fällen“ von Verschwendung, die aufgegriffen werden, zwischen solchen, die im „allgemeinen Interesse am sparsamen und wirtschaftlichen Umgang mit Steuermitteln und den besonderen Interessen derjenigen, die uns um Hilfe bitten“ stehen. So wird beklagt, dass häufig „unter dem vorgeschobenen Argument des vermeintlich missbräuchlichen Umgangs mit Steuergeldern versucht wird, den Bund der Steuerzahler für spezielle Interessen einzuspannen“.<sup>147</sup> Hier liegt der eigentliche Stolperstein: Die Sachverhalte werden in keiner Weise vorurteilslos bewertet, es werden keine Quellen, kein Zahlenmaterial, keine umfangreichen Begründungen und Argumentationen im Schwarzbuch angeführt. Oftmals bleiben Kommunen mit Erklärungs- und Rechtfertigungszwang zurück.

Dem Bund der Steuerzahler als selbst ernannte Kontrollinstanz mangelt es an Objektivität. Dies lässt ihn zur Projektionsfläche für individuelle Grabenkämpfe und lobbyistische Positionierungen werden.

## 6.2 Die selektive Wahrnehmung

Grundsätzlich doppelwertig ist bei der Forderung, Steuergeld nicht zu „verschwenden“, dass der Bund der Steuerzahler lediglich auf die Ausgaben- und Handlungspraxis der öffentlichen Hand eingeht, nicht aber auf Verluste durch unternehmerische Steuerhinterziehung, Bestechung, Korruption mittels Verstößen gegen das Vergaberecht oder durch Preisabsprachen bei der Erstellung öffentlicher Bauten. Alles Einfallstore für Steuermisbrauch, deren Ahndung erhebliches Steuerein-

<sup>144</sup> Vgl. „Steuerzahlerbund rügt A 20-Planer: Wildbrücke ist überflüssiger Luxus“ in: Kieler Nachrichten am 14.08.07.

<sup>145</sup> Stattdessen sieht sich der Verein veranlasst auf eine andere Baumaßnahme (Wildbrücke in Negernbötel, Schwarzbuch 2005) kritisch hinzuweisen. In Absprache mit dem Verkehrsministerium sei versichert worden, vor dem Beginn der Struktdorfer Brücke auf die wissenschaftliche Auswertung der Negernbötel Wildbrücke zu warten. Verkehrsministerium wie auch der BdSt haben dabei nicht bedacht, dass die Planungen für die A 20 vor Jahren gemacht wurden. Es wäre unmöglich gewesen, die Negernbötel Ergebnisse in die Bewertung für die Brücke in Struktdorf einfließen zu lassen.

<sup>146</sup> „Steuerzahlerbund rügt A 20-Planer: Wildbrücke ist überflüssiger Luxus“ in: Kieler Nachrichten am 14.08.07.

<sup>147</sup> Beide Zitate: Bund der Steuerzahler 1999, S. 55f.

sparpotential birgt. Und alles „Fälle“, um die sich der Bund der Steuerzahler nicht kümmert.

## Sparpotenzial wird ignoriert

Richtungsweisend wird deutlich gemacht, dass es weniger darum geht, privatwirtschaftliche Steuerschlupflöcher zu ahnden, denn der Veruntreuer ist stets der Staat, bzw. die öffentliche Hand. So interessiert sich der Bund der Steuerzahler *nicht* für die fünf Milliarden Euro, die dem Bundesfinanzministerium 2006 verloren gegangen sind, weil er nicht genügend Personal zur Verfügung hatte, um Vollstreckungsmaßnahmen gegen nicht auffindbare Steuerpflichtige durchzusetzen – fünf Milliarden, die der Staat sparen könnte.<sup>148</sup> Das ist vielleicht mehr, als all die öffentliche „Verschwendung“, die der Verein anprangert. Der Rückschluss, die Steuermoral von Bürgerinnen und Bürgern, der Privatwirtschaft, würde sich durch das Verhalten der öffentlichen Hand lenken lassen, ist überaus naiv: „Nur wenn die Steuerzahler sicher sein können, dass der Staat mit Steuergeldern sparsam und wirtschaftlich umgeht, wird sich das Vertrauen der Steuerzahler in staatliches Handeln und damit auch das Steuerklima verbessern“.<sup>149</sup> Mit diesem Nichthandeln signalisiert der Steuerverein die Unantastbarkeit privatwirtschaftlichen Handelns und damit sein politisches Profil.

Wie suspekt sich der Vereinsauftrag in einzelnen Positionen gestalten kann, wird anhand der wesentlichen Forderung des Bundes der Steuerzahler, der Vereinfachung des Steuerrechts, deutlich. Je nach eigener Interessenlage ist der Verein Veränderungen des Steuerrechts gegenüber unterschiedlich stark aufgeschlossen. So lehnt der Verein eine höhere Besteuerung von Firmenwagen ab. Neben dem Argument, dass sich das Steuerrecht nicht für Umweltpolitik eigne, führt der Steu-

erzahlerbund an, dass auch eine Grenze in Abhängigkeit vom Kraftstoffverbrauch nur eine weitere „Verkomplizierung des Steuerrechts“ bedeuten würde.<sup>150</sup> Ganz anders wird mit Blick auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Erbschaft- und Schenkungsteuer argumentiert. Hier sieht der Bund der Steuerzahler Chancen und Risiken bezüglich einer aufkommensneutralen Lösung: das Urteil zeige Wege auf, wie mit Hilfe von „differenzierten Steuersätzen, Verschonungstatbeständen und höheren Freibeträgen verschiedene Vermögensarten wegen ihrer Gemeinwohlbindung steuerlich unterschiedlich behandelt werden“ könnten.<sup>151</sup> Eine Verkomplizierung des Steuerrechts befürchtet der Bund der Steuerzahler hier nicht.

Viele Fälle sind auch an Kuriosität kaum zu überbieten: Bereits Ende 1994 fragte der Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen grundsätzlich, „ob das Betreiben öffentlicher Bibliotheken überhaupt noch als öffentliche Aufgabe im allgemeinen bzw. als kommunale Aufgabe im besonderen angesehen werden muss.“<sup>152</sup> Für den Verein ein klarer „Fall“: Bibliotheken haben einen Markt- und keinen Staatsauftrag.

## Viel-Lesen in Göttingen

Im Jahr 2004 forderte der Bund der Steuerzahler die Stadt Göttingen zu einer Stellungnahme auf, weil diese die eifrigste Nutzerin der Göttinger Stadtbibliothek des Jahres 2003 ehren wollte.<sup>153</sup> Die öffentliche Ehrung einer Spitzenausleiherin setze eindeutig falsche Signale, schrieb das Bund der Steuerzahler-Vorstandsmitglied Bernhard Zentgraf an den SPD-Stadtrat Wolfgang Meyer.

<sup>148</sup> „Wie der Staat 30 Milliarden Euro verschwendet“ in Die Welt-Online am 27.09.2007.

<sup>149</sup> Schwarzbuch 2007, S.2.

<sup>150</sup> Website BdSt. Aktuelles: 12.02.2007: Bund der Steuerzahler lehnt höhere Besteuerung von Firmenwagen ab – Steuerrecht eignet sich nicht für Umweltpolitik

<sup>151</sup> Website BdSt. Aktuelles: 31.01.2007: Urteil zur Erbschaft- und Schenkungsteuer birgt Chancen und Risiken – Bund der Steuerzahler warnt vor Steuererhöhungen

<sup>152</sup> Kommunalkompass. Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen. Nov. 1994, S. 58-61.

<sup>153</sup> Leserinnenehrung. In Göttinger Tageblatt 25.2.2004.

„Sie animiert diejenigen, die die Stadtbibliothek ohnehin bereits nutzen, zu einer (noch) intensiveren Nutzung“, <sup>154</sup> moniert Zentgraf. „Sollen Bürgerinnen und Bürger künftig mehrere Bücher am Tag lesen, und will die Stadt Göttingen dafür die entsprechenden personellen und sachlichen Kapazitäten schaffen?“, <sup>155</sup> will er vom Göttinger Stadtrat wissen.

### Effizienz für die Gemeinschaft

Durch die flexible, teilweise willkürliche Auslegung der Steuermoral ist es außerordentlich schwierig, den Bund der Steuerzahler politisch greifbar zu machen.

Das jährliche Schwarzbuch staffelt neben den vielen einseitigen Fallbeschreibungen durchaus auch Erfolge – in denen „Verschwendung verhindert wird“ – auf. Durch den öffentlichen, meist medialen Druck, lassen sich Kommunalpolitiker und Bürgermeister durchaus umstimmen und tatsächlich kann der Bund der Steuerzahler dann verschiedene Bauvorhaben stoppen oder gar verhindern. Ein zweites Dorfgemeinschaftshaus wird dann hinfällig oder ein geplantes Thermalbad wird kurzerhand statt in eine Private-Public-Partnership in komplett private Hand vergeben. <sup>156</sup>

Alles „Erfolge“, anhand derer die dahinter liegende Wirklichkeit gemessen werden kann: Die stetige Forderung nach Privatisierung und Effizienz. Gewiss ist die Privatisierung eines Thermalbades für einen privaten Betreiber effizient – sonst würde er die Investition nicht vornehmen. Aber ist sie auch effizient für die Gemeinschaft der Steuerzahler – für die Gesellschaft?

In der eigenen Logik des Steuerzahlervereins müsste gerade die Privatisierung öffentlichen Eigentums – des Kapitals aller Steuerbürgerinnen und Steuerbürger – einen Vermögensverlust darstellen;

Es müsste einen Wertverlust für den gesamtwirtschaftlichen Kapitalstock und damit auch eine Zerstörung von, über viele Jahre angesammelten und gepflegten Werten der (Steuer-)Gemeinschaft bedeuten.

Wer sich für die Privatisierung öffentlicher Betriebe stark macht und die Sparanstrengungen der öffentlichen Hand lobt und fordert, aber die daraus resultierenden sinkenden Einkommen und Privatinvestitionen bemängelt, der verkennt die Zusammenhänge.

### 6.3 Was bleibt?

Er ist historisch gewachsen und wird politisch bis in die Gegenwart am Leben gehalten: Ein Interessenverband, der nur vom Namen her suggeriert, uns alle zu vertreten, in Wirklichkeit aber das politische Interesse verfolgt, privatwirtschaftliches vor staatliches Handeln zu stellen. Es ist in unserer demokratischen Gesellschaft selbstverständlich so legitim, wie die Lobbyarbeit von Greenpeace, ADAC oder der Lehrergewerkschaft, Medien- und Pressearbeit zu leisten und mit öffentlichkeitswirksamen Kampagnen Botschaften zu verkünden.

Dem Bund der Steuerzahler ist es gelungen, sich selbst samt Schuldenuhr, Steuerzahlergedenktag und Forschungsinstitut als Institution zu präsentieren. Die Medien dienen als Multiplikatoren, und hinter den Kulissen fallen die inszenierten Anrufungen der Bundes- und Landesrechnungshöfe ebenso wenig auf, wie die fragwürdige Mitgliederwerbung durch den Kooperationspartner Hamburg-Mannheimer.

Natürlich ist es richtig, alljährlich Fehlplanungen für Brücken und Bürogebäude, zweifelhafte Dienstreisen von Parlamentsausschüssen oder opulente Selbstdarstellungen von Bundesministerien anzuprangern.

Doch mit seiner erstaunlichen medialen Präsenz gelingt es dem Steuerverein stetig, von den wirklichen Skandalen der Republik (hohe Abfindungsraten bei Unterneh-

<sup>154</sup> Leserinnenehrung. In Göttinger Tageblatt 25.2.2004.

<sup>155</sup> Ebd.

<sup>156</sup> Vgl. Schwarzbuch 2007, S.51 ff.

menspleiten, Massenentlassungen bei Rekordgewinnen etc.) abzulenken und einen Nebenschauplatz zu kreieren, der vergleichsweise harmlos ist.

Gerade die inkonsequenten, beliebigen Forderungen und die Selbstdarstellung des Bundes der Steuerzahler sollten skeptisch machen. Es geht nicht um die stets wiederkehrende mutmaßliche Verwendungssumme von 30 Milliarden Euro bei jährlich wechselnden Beispielen im Schwarzbuch. Es geht auch nicht um die offensichtliche personelle Verflechtung und Verquickung von Ehrenämtern und Vereinsbezügen, die sich eine immer wieder gewählte Vorstandsriege aufs Konto bucht. Es ist vielmehr die Verschleierung der eigenen Ziele, die Misstrauen auslöst: Die verschiedenen Positionierungen und Fälle dokumentieren, dass der Verein vielfach ideologisch argumentiert und handelt. Er „verkauft“ seinen Kampf gegen Verschwendung, hohe Steuern, Korruption und Misswirtschaft als die Gegenwehr eines legitimen Verfechters der Steuergerechtigkeit, in Wirklichkeit führt er aber einen Kampf für den Abbau des Sozialstaates, für Privatisierung und Liberalisierung.

Würde es dem Bund der Steuerzahler tatsächlich um die Gefahren der „Verschwendung“ oder einer mangelnden Steuerzahlermoral gehen, müsste der Aufgabenkatalog entsprechend erweitert werden und sich mit wesentlichen Punkten der Korruptionspräventionskämpfe von bspw. Transparency International messen lassen. Forderungen nach einem erweiterten Informationsfreiheitsgesetz auf kommunaler Ebene, nach einem Ehrenkodex für Mandatsträger, nach mehr Transparenz durch Kontrollinstanzen in Satzungen bzw. Geschäftsordnungen oder aber die Einführung eines Lobbyistenregisters, die Offenlegung des Bankgeheimnis und die Trockenlegung von Steueroasen.

Alles Instrumentarien und Mechanismen, die der Bund der Steuerzahler außen vor lässt. Und das macht ihn in seiner Kernforderung unglaubwürdig. Überall dort, wo Steuern gesenkt oder eingespart werden können und

Staatausgaben gestrichen werden sollen, wird der Steuerzahlerverein tätig. Dies geschieht insbesondere in Bereichen, wo Aufgaben für Bildung, Gemeinwesen, Familie oder soziale Absicherung in marktgerechte private Systeme überführt werden können. Denn letztlich will der Verein mit seinem Engagement seine eigenen Ziele umsetzen.

Der Bund der Steuerzahler spricht für einen kleinen Teil der Gesellschaft. Dieser Teil profitiert von der Liberalisierung von öffentlichen Maßnahmen, die bisher mehr oder weniger im Aufgabenbereich der öffentlichen Hand lagen. Bei den Profiteuren handelt es sich naturgemäß um wirtschaftlich stabil aufgestellte Menschen, die die öffentlichen Leistungen, die sie in Anspruch nehmen, glauben, auch teilweise selbst finanzieren zu können. Das funktioniert aber nur aufgrund der starken Basis, die mit den Anstrengungen der Gesamtgesellschaft geschaffen worden ist. Ist diese Substanz verbraucht, dann ändert sich auch der informelle – nichtkommerzielle – Sektor gravierend.

Der Bund der Steuerzahler ist ein **vergleichsweise geringer Manipulator des verbliebenen Sozialstaats**, bedenkt man den Handlungsspielraum, den die Bertelsmann-Stiftung mittlerweile einnimmt. Dennoch bewerkstelligt er Gleiches nur im kleineren Rahmen – in einem anderen Maßstab: Den **schleichenden Umbau der Gesellschaft**.

## 7. Recherchen

Zitierte Artikel aus Zeitungen sind in der Regel direkt am verwendeten Ort in den Fußnoten belegt.

### 7.1 Literatur

Boss, Alfred/Rosenschon, Astrid (2006): Subventionen in Deutschland: Eine Bestandsaufnahme, Kieler Arbeitspapier Nr. 1267, Januar 2006.

Bund der Steuerzahler (1999): Wer Steuern zahlt, will Sparsamkeit: 50 Jahre Bund der Steuerzahler / Hrsg.: Präsidium des Bundes der Steuerzahler e.V., Red.: Eike Möller.

Bundesagentur für Arbeit (2007): Bundesagentur für Arbeit wird 2007 wieder mit einem Überschuss abschließen, Presse Info 048 vom 6.7.2007.

Bundesregierung (2006): Regierungspolitik A-Z. Solidarpakt II - Grundlage für den Aufbau Ost. Artikel vom 13.12.2006 auf der Webseite der Bundesregierung.

Gasche, Urs P./Guggenbühl, Hanspeter/Vontobel, Werner (1996): Das Geschwätz von der freien Marktwirtschaft. Rio-Verlag. Zürich.

IGM Jugend!: Neoliberalismus. Ein Gespenst geht um – nicht nur in Europa, von Thomas Veit; Herausgegeben von der IGM Jugend.

Karl-Bräuer-Institut (2006): Die Entwicklung der Steuer- und Abgabenbelastung von Volker Stern, Schriftenreihe des Karl-Bräuer-Instituts des Bundes der Steuerzahler e.V.; Heft 100, März 2006.

Karl-Bräuer-Institut (2006): Staatsverschuldung und öffentliche Investitionen. Im ersten Schritt Schlupflöcher

beseitigen – auf mittlere Sicht Kreditfinanzierung verbieten von Dipl.-Volkswirt L. Schemmel, Schriftenreihe des Karl-Bräuer-Instituts des Bundes der Steuerzahler e.V.; Heft 99, Mai 2006.

Karl-Bräuer-Institut (2004): Reform der Gesetzlichen Unfallversicherung, Bearbeitung: Michael Römer, Schriftenreihe des Karl-Bräuer-Instituts des Bundes der Steuerzahler e.V.; Heft 97, Dezember 2004.

Karl-Bräuer-Institut (2000): Steuer- und Abgabenbelastung in Deutschland, Bearbeitung: Volker Stern, Schriftenreihe des Karl-Bräuer-Instituts des Bundes der Steuerzahler e.V.; Heft 91, Februar 2000.

Lilienthal, Volker (2003): Drittmittelfernsehen. Der HR, Günter Ederer und die deutsche Wirtschaft, in epd medien Nr. 37, 14. Mai 2003.

Präsidium des Bundes der Steuerzahler (2000): Sparpaket für die Politik. Mit gutem Beispiel vorangehen – Vertrauen zurückgewinnen; Finanz- und Steuerinformation Nr. 39 des Präsidiums des Bundes der Steuerzahler e.V. Juni 2000.

Der Sozialticker e.V., Luckau (2007): Bund der Steuerzahler fordert spürbare Entlastung der Steuer- und Beitragszahler; Webseite <http://www.sozialticker.com>.

Smith, Adam: Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen. Horst Claus Recktenwald (Hrsg.), dtv Taschenbücher, Neuauflage, Nachdruck 2003.



## 7.2 Web-Tipps

Bund der Steuerzahler: <http://www.steuerzahler.de>

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH:  
<http://www.insm.de>

Karl-Bräuer-Institut: <http://www.karl-braeuer-institut.de>

Bund der Steuerzahler (2007/I): Kabinettsklausur auf Schloss Meseberg. Bund der Steuerzahler fordert spürbare Entlastung der Steuer- und Beitragszahler, Pressemitteilung vom 30.07.2007.

Bund der Steuerzahler (2007/II): Bund der Steuerzahler fordert Steuersenkung. Der Soli muss weg – sofort! vom 30.07.2007.

Bund der Steuerzahler (2007/III): Steuerpolitik – Erbschaftsteuerreform. Bund der Steuerzahler warnt vor weiteren Steuererhöhungen; vom 05.11.2007.

Bund der Steuerzahler (2007/IV): Steuerpolitik – BFH hält Kürzung der Pendlerpauschale für verfassungswidrig; vom 06.09.2007.

Bund der Steuerzahler (2007/V): Steuerpolitik – Pendlerpauschale. Bundesregierung drückt sich vor einer klärenden Entscheidung; vom 05.11.2007.

Bund der Steuerzahler (2007/VI): Steuerpolitik – Bundestag verabschiedet Unternehmensteuerreform. Nach der Reform ist vor der Reform! vom 25.05.2007.

Bund der Steuerzahler (2007/VII): Beratungen über Nachtragshaushalt 2007. Der Bund muss weniger Geld ausgeben, Pressemitteilung vom 16.10.2007.

Bund der Steuerzahler (2007/VIII): Kita-Finanzierung. Bund der Steuerzahler kritisiert Sondervermögen, Pressemitteilung vom 30.08.2007.

Bund der Steuerzahler (2007/IX): Hohes Beitragssenkungspotenzial in der Arbeitslosenversicherung nutzen! Bezugsdauer des ALG I darf nicht verlängert werden, Pressemitteilung vom 24.10.2007.

Bund der Steuerzahler (2007/X): Hohes Beitragssenkungspotenzial in der Arbeitslosenversicherung nutzen! Bezugsdauer des ALG I darf nicht verlängert werden; vom 24.10.2007, Webseite.

Bund der Steuerzahler (2007/XI): Staatsausgaben. Berlin muss alleiniger Regierungssitz sein! 18.04.07.

Bund der Steuerzahler (2007/XII): Finanz- und Steuerpolitik. Subventionen.

Bund der Steuerzahler (2007/XIII): Verschuldung.

Bund der Steuerzahler (2007/XIV): Steuerzahler Gedenktag - Ab jetzt arbeiten Sie für sich! Presseerklärung des Bundes der Steuerzahler am 13.7.2007.

Bund der Steuerzahler (2006/I): Bund der Steuerzahler fordert echte Nullrunde im öffentlichen Dienst, Pressemitteilung vom 01.12.2006.

Bund der Steuerzahler (2006/II): Politikfinanzierung.

Bund der Steuerzahler (2005): Staatsausgaben. Solidarpakt II. Bund der Steuerzahler kritisiert faulen Kompromiss, Stellungnahme vom 07.02.2005.

Bund der Steuerzahler Hessen (2007): Steuerpolitik – Diskussion über Senkung der Einkommensteuer, vom 10.04.2007, Webseite des LV Hessen.